

Konzernabschluss 2025

LVV Leipziger Versorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2025

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Inhaltsverzeichnis

1	Grundlagen des Konzerns	2
1.1	Geschäftsmodell	2
1.2	Ziele und Strategien	2
1.3	Steuerungssystem	6
2	Wirtschaftsbericht	7
2.1	Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	7
2.2	Geschäftsverlauf	10
2.3	Ertragslage	12
2.4	Finanzlage	14
2.5	Vermögenslage	16
2.6	Investitionen	17
2.7	Mitarbeiter und Beschäftigtenpolitik	18
3	Risiko-, Chancen- und Prognosebericht	20
3.1	Risikobericht	20
3.2	Chancenbericht	27
3.3	Prognosebericht	29

1 Grundlagen des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Unter dem Dach der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), wird die Energie- und Wärmeversorgung einer prosperierenden Stadt, die Bereitstellung von Trinkwasser und die umweltgerechte Entsorgung von Abwasser sowie die Organisation eines umweltfreundlichen und attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sichergestellt und zukunftsgerichtet weiterentwickelt. Als Dienstleister und unternehmerischer Partner der Stadt Leipzig sind Versorgungssicherheit und Unternehmenserfolg für die Leipziger Gruppe zentral. Die Leistungen der Daseinsvorsorge in den einzelnen Geschäftsfeldern werden jeweils durch ein oder mehrere Tochterunternehmen innerhalb des LVV-Konzerns erbracht. Dabei bewegt sich dieser auf regulierten Märkten wie der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung und dem Betrieb von Strom-, Gas- und Wärmeverteilungsnetzen sowie auf wettbewerblichen Märkten wie der Versorgung mit Energie- und Mobilitätsdienstleistungen. Im Rahmen des polnischen Engagements versorgt die Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Cieplnej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen (GPEC), zusammen mit ihren Tochterunternehmen die Regionen um die nordpolnischen Städte Gdańsk und Sopot mit Wärme.

1.2 Ziele und Strategien

Ausgangspunkt des strategischen Unternehmenskonzeptes für die Leipziger Gruppe sind die im Jahr 2008 von der Stadt Leipzig beschlossenen Eigentümerziele. Ergänzt um weitere Beschlüsse des Stadtrates, wie die Aufstellung eines kommunalen Wärmeplans und die städtische Mobilitätsstrategie, wird damit die Ausrichtung der Leipziger Gruppe bestimmt. Im Fokus stehen die Versorgungssicherheit auf Basis einer modernen und zukunftssicheren Infrastruktur und kundenorientierte Dienstleistungen, die Sicherstellung der ÖPNV-Finanzierung und die Klimaneutralität. Damit sind für das kommende Jahrzehnt steigende Anforderungen an die Leipziger Gruppe verbunden, denen wir uns stellen.

Aktuell gilt die Konzernstrategie der Leipziger Gruppe „Sicher, nachhaltig und digital für Leipzig – Zuhause in der Transformation“, die eine langfristige Finanzperspektive bis 2045 beinhaltet. Sie baut auf den beschlossenen Einzelstrategien der Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Stadtwerke), („3-D-Strategie“), Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig (Verkehrsbetriebe), („MobilE“) sowie der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke), („Wasser 2030 – Nachhaltig. Zuverlässig. Vernetzt.“) auf und entwickelt eine gemeinsame Sicht auf Konzernleitplanken und strategische Handlungsfelder, die über Schnittmengen hinaus die große Linie der Leipziger Gruppe bilden.

Mit über 5.500 Mitarbeitenden ist die Leipziger Gruppe einer der größten Arbeitgeber der Region und schafft mit ihren Dienstleistungs- und Lieferantenbeziehungen eine erhebliche und wichtige regionale Wertschöpfung. Die kommunalen und politischen Anforderungen mit unternehmerischem Handeln zu verbinden und den Diskurs zwischen Wünschenswertem und Finanzierbarem zu moderieren ist zentrale Aufgabe. Somit wird ein Mehrwert für unsere Gesellschafter geschaffen und für eine realistische und zugleich ambitionierte Umsetzung der strategischen Zielstellungen für die Stadtentwicklung und die Leipziger Stadtgesellschaft gesorgt. Digitalisierung wird als Chance und Erfolgsfaktor der Umsetzung gesehen. Die Leipziger Gruppe positioniert sich als attraktiver Arbeitgeber, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Mitbestimmung wird als zentraler Erfolgsfaktor verstanden und mit unternehmerischer Verantwortung verknüpft.

Die Leipziger Gruppe hat sich zum Ziel gesetzt, die Daseinsvorsorge resilient und bis zum Jahr 2040 klimaneutral aufzustellen. Die Leipziger Gruppe investiert in die notwendige Infrastruktur der wachsenden Stadt und treibt im Wesentlichen drei Transformationen voran:

- die Energie- und Wärmewende durch Dekarbonisierung des Energiesystems,
- den Erhalt und die nachhaltige Fortentwicklung der Wasserwirtschaft durch Anpassung der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung an das Bevölkerungswachstum und den Klimawandel, aber auch die Einhaltung behördlicher Vorgaben sowie
- die Mobilitätswende durch den bedarfsgerechten sowie ökonomisch vertretbaren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV).

Die anstehenden Transformationen und die damit einhergehenden Investitionen werden ein Kraftakt in vielerlei Hinsicht: Mit Blick auf den damit verbundenen Stadtumbau und die Bautätigkeit und somit auf die Akzeptanz, auf die Finanzierung, auf die Begleitung der Kunden auf dem Transformationspfad und den Umgang mit Arbeits- und Fachkräftemangel bei gleichzeitig sich wandelnden Zukunftskompetenzen. Zugleich sind sie die Basis für die Umsetzung der Energie- und Mobilitätswende sowie der nachhaltigen und resilienten Wasserwirtschaft. Bei dieser gesamtstaatlichen Aufgabe ist die Leipziger Gruppe leistungsstarker unternehmerischer Partner, der aber auch den regulatorischen und finanziellen Rahmen braucht, um die Zukunftsaufgaben und die Eigentümerziele erfüllen zu können.

Die unternehmerische, nachhaltige Weiterentwicklung unseres Kerngeschäfts mit Blick auf Ergebnisqualität, Produktivität und kommunalen Nutzen stellt die Leipziger Gruppe in den Mittelpunkt des Handelns. Dafür wurden fünf Handlungsfelder definiert: Markt, Kunden, Bürger; Management und Prozesse; Mitarbeiter; Infrastruktur und Ressourcen.

Im Rahmen der Strategie wurde eine Langfristplanung bis 2045 erstellt, die mit Eintreten von gesetzten Prämissen zu dem Ergebnis kommt, dass der LVV-Konzern 97,0 % der geplanten Investitionen aus eigener Kraft, das heißt aus seiner Innenfinanzierungskraft und mit Fremdkapital, stemmen kann. Für die sich ansonsten selbsttragenden Investitionen im Wasser- und Energiebereich wird jedoch in der Gesamtbetrachtung eine Finanzierungsunterstützung seitens der Gesellschafterin Stadt Leipzig als eigenkapitalstärkende Maßnahme benötigt. Zur Sicherung der Verkehrsleistungsfinanzierung leistet der LVV-Konzern neben den Verkehrserlösen einen wesentlichen Beitrag. Aufgrund der weiter auseinandergehenden Schere zwischen (zunehmend) gedeckelten Erlösen und steigenden Kosten im ÖPNV, steigen auch die benötigten Ausgleichszahlungen an die Verkehrsbetriebe trotz deren interner Produktivitätsmaßnahmen stark an. Gleichzeitig stabilisieren sich die Ergebnisbeiträge aus dem Energiegeschäft auf etwas geringerem Niveau im Mittelfristzeitraum. Großvorhaben in allen Geschäftsbereichen des Konzerns, notwendige Netzerweiterungen und substanzerhaltende Erneuerungsinvestitionen in den Wassernetzen erfordern zeitgleich hohe Finanzierungsvolumina. Langfristig werden zusätzlich dauerhafte ertragswirksame Finanzierungsbausteine (Betriebskostenzuschüsse) von außen (Stadt/Land/Bund) notwendig sein, um die ÖPNV-Leistung aufrechtzuerhalten und den geplanten Wachstumspfad in diesem Segment umzusetzen.

Als Eigenbetrag der Leipziger Gruppe soll ab dem Jahr 2030 ein zusätzlicher Ergebnisbeitrag für den LVV-Konzern von 10,0 Mio. EUR EBITDA aus Effizienz-Maßnahmen in der Zusammenarbeit generiert werden. Dabei sollen Gemeinsamkeiten zum Vorteil genutzt und die prozessuale Betrachtung im Hinblick auf Standardisierung und Digitalisierung in den Fokus gestellt werden.

Energie: Die Stadtwerke leisten einen wesentlichen Beitrag zur sicheren, nachhaltigen und wirtschaftlichen Energieversorgung in Leipzig und der Region. Ihre Strategie orientiert sich an den langfristigen Eigentümer-

zielen der LVV sowie an den Leitlinien des energiepolitischen Zieldreiecks aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Ökologie. Ergänzend wird dieser Rahmen durch die 3-D-Strategie der Stadtwerke (Dekarbonisierung, Diversifizierung und Digitalisierung) erweitert.

Zentrales Ziel der Stadtwerke ist die Umsetzung der Energie- und Wärmewende. Im Mittelpunkt stehen die Transformation der Fernwärme, der gezielte Ausbau der Strom- und Fernwärmenetze sowie die strategische Reduzierung des Gasnetzbetriebs gemäß den politischen Vorgaben. Smarte Netze und digitale Steuerungstechnik sollen Effizienz, Netzstabilität und Versorgungssicherheit weiter verbessern. Parallel wird die Beteiligung an der GPEC weiterentwickelt. Aufbauend auf den stabilen Ergebnissen der Hauptgeschäftssäulen verfolgen die Stadtwerke eine Wachstumsstrategie in neuen Märkten. Diese umfasst den Ausbau der Kundenbasis im Privat-, Gewerbe- und Großkundensegment, den Aufbau wirtschaftlicher Wind- und Photovoltaikprojekte sowie die Weiterentwicklung von Smart-Grid-Lösungen. Darüber hinaus werden strategische Perspektiven zur Erschließung neuer Geschäftsfelder geprüft, insbesondere im Bereich der Sektorenkopplung sowie digitaler und innovativer Produkte.

Neben der Versorgungssicherheit bilden Nachhaltigkeit und Klimaschutz einen weiteren Kern der Unternehmensstrategie. Die Stadtwerke Leipzig leisten damit einen direkten Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Stadt Leipzig und zur angestrebten Treibhausgasneutralität Deutschlands. Die jährlichen Nachhaltigkeitsberichte und der Nachhaltigkeitsatlas dokumentieren die Fortschritte in den Handlungsfeldern klimaneutrale Daseinsvorsorge, kundenorientierte Lösungen, moderne Infrastruktur, verlässliche Partnerschaften und regionales Engagement. Als drittes Element ist die Strategie der Stadtwerke durch wirtschaftliches Handeln geprägt. Durch kontinuierliche Effizienzsteigerungen und wirtschaftliche Optimierungen sichern die Stadtwerke ihre finanzielle Stabilität, stärken das Eigenkapital und schaffen die Grundlage für langfristige Investitionen in die Energieinfrastruktur der Region. Die nächste strategische Evaluierung und Fortschreibung der Unternehmensstrategie ist für das Jahr 2026 vorgesehen, um auf die Entwicklungen in der Energiebranche reagieren zu können.

Mobilität: Die Verkehrsbetriebe ermöglichen mit ihrer Strategie MobiLE die Umsetzung der städtischen Nachhaltigkeitsziele und Ratsbeschlüsse zur Mobilität in Leipzig. Die Ziele und die Strategie werden im jährlichen Wirtschafts- und Mittelfristplan konkretisiert. Ziel von MobiLE ist es, die Zukunftsfähigkeit und Krisenresilienz des Unternehmens zu erhöhen, die gesellschaftliche Entwicklung sowie den Beitrag zur Verkehrswende abzubilden und die technischen und nachfragebezogenen Entwicklungen aufzugreifen.

Ein Handlungsfeld befasst sich mit der Umsetzung des Nahverkehrsplans und der Zusammenarbeit mit der Stadt Leipzig, der Leipziger Gruppe und der Region. Mit der Erteilung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) wurde hierbei ein wesentlicher Meilenstein bereits erreicht. Zudem sollen die Verkehrsverträge mit den Landkreisen weiterentwickelt und die Verkehrsfinanzierung durch Bund, Land und Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) ausgebaut werden. Ferner wird eine Festigung der Partnerschaften mit den großen sächsischen Straßenbahnunternehmen angestrebt.

Zudem stehen die Kundengewinnung und -bindung und die bedarfsgerechte Berücksichtigung der Mobilitätsbedürfnisse in der wachsenden Stadt und im stadtnahen Umland im Fokus der Verkehrsbetriebe. Das Angebotskonzept „Liniennetz der Zukunft“ ist Ausdruck der Ziele des Nahverkehrsplans und der Mobilitätsstrategie der Stadt Leipzig. Auf Basis umfassender Potenzialanalysen und Beteiligungsprozesse wird es seit Ende 2024 stufenweise zur maßgeblichen Verbesserung des ÖPNV-Angebots in der Stadt Leipzig eingeführt.

Weiterhin werden unter Nutzung geeigneter Technologien moderne und leistungsfähige Infrastrukturen geschaffen. Strategische Schwerpunkte sind die multimodale Plattform und App Leipzig MOVE, die um das On-Demand-Shuttle Flexa ergänzt wird, sowie die Umstellung im Busbereich auf emissionsfreie Fahrzeuge, die somit massiv auf die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen der Gruppe einzahlt. Damit geht die weitere Modernisierung der Liegenschaften einher. Eine weitere Herausforderung ist das Beschaffungsprojekt für

die neuen Stadtbahnfahrzeuge XXL Plus. Dieses Projekt ist im aktuellen Marktumfeld äußerst anspruchsvoll. Einen elementaren Stellenwert hat zudem das bereits in Umsetzung befindliche Maßnahmenpaket „Basismodul Modernisierung Hauptachsen“, das Teil des „Rahmenplans zur Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030 für Leipzig“ ist. Mit diesem Programm wird die vorhandene Netzinfrastruktur modernisiert und weiter für einen Einsatz kapazitätsstarker 2,40 Meter breiter Fahrzeuge ertüchtigt. Gleichzeitig wird mit diesem Paket die vollständige Barrierefreiheit im Straßenbahnnetz hergestellt. Die Modernisierung der Hauptachsen ist zudem ein zentrales Element zur Beschleunigung und Qualitätsverbesserung des ÖPNV und zur Vorbereitung zukünftiger Netzerweiterungen.

Das Arbeitgebermarketing und Recruiting sind dabei elementare Bestandteile für die Wachstumsstrategie, ebenso wie die Weiterentwicklung attraktiver Beschäftigungsbedingungen sowie zukunftsorientierte Personalentwicklungsangebote. Die Berufsausbildung ist eine wichtige Zukunftsbasis für die Verkehrsbetriebe im Rahmen des demografischen Wandels und wird zukunftsorientiert und vor dem Hintergrund der digitalen Transformation weiterentwickelt.

Wasser: Mit dem Zukunftsprogramm „Wasser 2030 – Nachhaltig. Zuverlässig. Vernetzt.“ haben die Wasserwerke eine klare strategische Grundlage für ihr Handeln formuliert. Das Programm beinhaltet für die wichtigsten sechs Handlungsfelder – Infrastruktur, Service, Prozesse/Digitalisierung, Ressourcen-/Klimaschutz, Mitarbeiter und Wirtschaftlichkeit – die strategischen Ziele für die kommenden Jahre bis 2030. Ebenso sind darin die prioritären Maßnahmen und Projekte zur Zielerreichung dargestellt.

Schwerpunktprojekte der Umsetzung des Wasserkonzepts 2030 sind insbesondere die Einhaltung der sich aus dem Generalentwässerungsplan ergebenden Anforderungen insbesondere in der Mischwasserentlastung, der Neubau des Wasserwerks in Naunhof, der sogenannte West-Ringschluss und das Zubringersystem für Trinkwasser nach Naunhof. Zudem sind planerisch die sich aus der Kommunalen Abwasserrichtlinie der EU ergebenden technischen Maßnahmen zur Vorbereitung einer sogenannten 4. Reinigungsstufe in den Abwasseranlagen der Gesellschaft vorzudenken.

Ein hohes Maß an Versorgungsqualität und Versorgungssicherheit ist und bleibt zentrales strategisches Ziel und Kernaufgabe der Wasserwerke. Die Umsetzung spiegelt sich in der Einhaltung der Qualitätsnormen für geliefertes Trinkwasser und umweltgerecht aufbereitetes Abwasser sowie in sehr geringen Ausfallraten für Netze und Anlagen wider. Serviceprozesse sind kundenorientiert ausgerichtet mit dem Ziel, eine hohe Kundenzufriedenheit zu gewährleisten, aber auch permanente Effizienzsteigerungen umzusetzen. Schwerpunkt der Tätigkeit wird dabei der nun genehmigte Ausbau des Klärwerks im Rosental mit Blick auf die benötigten Einwohnerwerte durch die Erweiterung der sogenannten biologischen und mechanischen Reinigungsstufe.

Ressourcenschutz in Form eines nachhaltigen und aktiven Schutzes der Trinkwasserressourcen sowie von Umwelt und Gewässern ist Kernaufgabe der Wasserwerke. Im Zuge einer sozial-ökologischen Transformation werden die Einhaltung der regulatorischen Vorgaben und selbstgesetzte Nachhaltigkeitsziele zielorientiert umgesetzt. Die eigene ökologisch-landwirtschaftliche Bewirtschaftung der Trinkwassergewinnungsgebiete durch ein Tochterunternehmen der Wasserwerke ist eine viel beachtete Besonderheit in der Branche und hat auch im Jahr 2025 die Wasserschutzziele einer Stickstoffbilanz von kleiner 30 kgN/ha trotz schwieriger Wetterbedingungen sichergestellt.

Gleichzeitig verstehen sich die Wasserwerke aber auch als Motor einer vorausschauenden Entwicklung für das Ver- und Entsorgungsgebiet und prüfen und planen in Abstimmung mit den zuständigen Behörden den vorausschauenden und Industriewachstum ermöglichenden Ausbau von weiteren Bezugsquellen und Wasserwerken. Die Wasserwerke verstehen sich dabei explizit als Partner einer regionalen Wasserstoffwirtschaft und Vordenker im Umgang mit Starkregen, Trockenheit, Bewässerung, Kühlung und Kreislaufwirtschaft.

1.3 Steuerungssystem

Zur Steuerung und Führung setzt die Unternehmensgruppe ein zielorientiertes Managementsystem ein. Wesentliche aktive Führungsinstrumente stellen dabei die in der Konzernstrategie festgelegten strategischen Geschäftsleitplanken, der darauf aufbauende Wirtschaftsplan und die damit verbundenen Zielvereinbarungen für die Führungskräfte sowie das konzernweit organisierte Risikomanagementsystem dar.

Im Rahmen des jährlichen Strategie- und Planungsprozesses werden auf Basis strategischer Vorgaben grundsätzliche Erwägungen über Investitionen in Anlagen, Märkte und unterstützende Aktivitäten in ihren Auswirkungen auf die Unternehmenswertentwicklung festgesetzt und bewertet. Planungsabweichungen werden durch die Tochtergesellschaften quartalsweise berichtet und innerhalb der Geschäftsführung der LVV diskutiert, um Maßnahmen zur Gegensteuerung abzustimmen. Darüber hinaus erfolgen ad-hoc-Mitteilungen zu Risiken, wenn dies aufgrund der Bedeutung der drohenden Verwirklichung eines Risikos angezeigt ist.

Der Steuerung des LVV-Konzerns werden insbesondere die Leistungskennzahlen aus den mit den finanzierenden Banken vereinbarten Financial Covenants zugrunde gelegt.

Zentrale Kennzahlen sind dabei der dynamische Verschuldungsgrad sowie die Eigenmittelquote. Für beide wurden Mindestanforderungen festgelegt, deren Nichterreichen unter anderem ein Kündigungsrecht für alle Darlehensgeber zu Folge hat. Für den Erhalt der Finanzierungsfähigkeit des LVV-Konzerns ist daher die Einhaltung der vereinbarten Limits eine elementare Voraussetzung.

Der dynamische Verschuldungsgrad stellt das Verhältnis der Nettoverschuldung zum „adjustierten EBITDA“ (nachfolgend EBITDA) dar. Mit den Darlehensgebern ist vereinbart, dass dieses Verhältnis den Wert von 4,5 nicht überschreiten darf. Zur Ermittlung der Nettoverschuldung des LVV-Konzerns werden von den zinstragenden Verbindlichkeiten – insbesondere gegenüber Darlehensgebern – die liquiden Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten) abgezogen.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2025 markiert für die deutsche Wirtschaft eine vorsichtige Stabilisierung nach zwei schwierigen Jahren. Laut den jüngsten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts legte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,2 % zu – ein kleines, aber bedeutsames Signal nach den Rückgängen zuvor. Dieses leichte Wachstum steht in einem Umfeld, das weiterhin von globalen Unsicherheiten, schwierigen Rahmenbedingungen im internationalen Handel und strukturellen Herausforderungen geprägt ist. Getragen wurde der Anstieg vor allem durch die robuste Nachfrage im Inland, insbesondere beim privaten Konsum und den öffentlichen Investitionen, während die Exportentwicklung erneut hinter den Erwartungen zurückblieb. Für das Jahr 2026 zeichnet sich ein moderater wirtschaftlicher Aufschwung ab, Wirtschaftsinstitute sehen eine Wachstumsrate von 0,5 %.

Für die LVV als kommunales Unternehmen bedeutet dies, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zwar aufmerksam beobachtet werden muss, die unmittelbare Geschäftsgrundlage jedoch weitgehend stabil bleibt. Die regionale Ausrichtung und die zentrale Rolle in der Daseinsvorsorge bieten – trotz unsicherer makroökonomischer Signale – ein vergleichsweise solides Fundament.

Die Rahmenbedingungen des LVV-Konzerns sind zunehmend von globalen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 haben sich die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen in erheblichem Umfang verändert. Dies betrifft auch die Unternehmen des LVV-Konzerns, insbesondere durch deutlich gestiegene Energie- und Rohstoffpreise, anhaltende Lieferengpässe sowie eine erhöhte Vulnerabilität der kritischen Infrastruktur gegenüber hybriden Bedrohungen. Weitere internationale Konflikte, wie die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten, verstärken die geopolitische Unsicherheit und wirken sich dämpfend auf die wirtschaftliche Stabilität und Planbarkeit der Rahmenbedingungen für den Konzern aus.

Der Leipziger Arbeitsmarkt zeigte sich im Jahr 2025 spürbar unter Druck. Im Dezember wurden 29.447 arbeitslose Personen registriert, was einem deutlichen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Arbeitslosenquote lag bei 8,4 %, nachdem sie Ende 2024 noch bei 7,9 % gestanden hatte.

Leipzig setzt sein Bevölkerungswachstum auch 2025 fort – obgleich mit abgeschwächter Dynamik. Zum Jahresende waren 633.592 Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz in der Stadt gemeldet. Im Vergleich zu 2024 bedeutet dies einen Zuwachs von 1.030 Personen. Damit gehört Leipzig weiterhin zu den wenigen Großstädten in Deutschland, die ein Bevölkerungsplus verzeichnen, wenngleich der Anstieg den geringsten Wert seit 2002 darstellt. Ursächlich dafür sind vor allem ein deutlich reduzierter Wanderungsüberschuss sowie ein anhaltend niedriger Geburtenstand.

Die **Rahmenbedingungen** des Geschäftsjahres 2025 waren maßgeblich durch die Neufassung beziehungsweise Novellierung einer Reihe von gesetzlichen Grundlagen geprägt.

Mit dem von der EU-Kommission veröffentlichten Wettbewerbskompass wurde der politische Kurs für die Jahre 2025 bis 2029 festgelegt. Ziel ist die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen in Zukunftstechnologien, die Senkung von Energiepreisen sowie die Vereinfachung der Nachhaltigkeitsregulierung. Erste rechtliche Umsetzungsmaßnahmen erfolgten in Form eines Omnibus-Gesetzes, das die Berichtspflichten in der EU-Taxonomie und der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) vereinfachen soll. Zugleich wurden Fristverlängerungen für Berichtspflichten nach CSRD- und Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) beschlossen, wodurch große Unternehmen erst ab dem Berichtsjahr 2027 betroffen sind.

Die Leipziger Gruppe veröffentlicht bereits heute einen Nachhaltigkeitsbericht, der kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig an neue gesetzliche Vorgaben angepasst wird. Die LVV koordiniert und verantwortet in Zusammenarbeit mit den Tochtergesellschaften die Umsetzung der Anforderungen der CSRD unter Berücksichtigung der European Sustainability Reporting Standards (ESRS).

Im **Energiebereich** prägte auf nationaler Ebene das Gesetzgebungspaket zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts den Jahresbeginn. Die Änderungen des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) verlängern Übergangsfristen und sichern laufenden Projekten Planungssicherheit bis 2030. Parallel wurden Anpassungen im Emissionshandelsrecht (TEHG, BEHG) umgesetzt, um den Übergang in das Europäische Emissionshandelssystem 2 (ETS II) für Gebäude und Verkehr einzuleiten.

Mit der Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) wurden neue Regelungen zur Flexibilisierung von Stromerzeugungsanlagen geschaffen, um Netzüberlastungen zu vermeiden. Gleichzeitig startete die Bundesnetzagentur (BNetzA) die Konsultation zur Neuordnung von Netzentgelten und zur Abschmelzung der vermiedenen Netznutzungsentgelte, welche aufgrund drohender Erlöseinbußen auf deutliche Kritik der Branche stieß.

In der im April beschlossenen Koalitionsvereinbarung für die 21. Legislaturperiode wurden Versorgungssicherheit, Systemeffizienz und der Aufbau gesicherter Leistung in den Mittelpunkt gestellt. Neben dem Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2045 wurde der Bau von bis zu 20 GW Gaskraftwerkskapazität bis zum Jahr 2030 festgeschrieben, verbunden mit der Perspektive eines Kapazitätsmechanismus und einer grundlegenden KWKG-Novelle. Die Förderung erneuerbarer Energien soll künftig wesentlich stärker an Netzdienlichkeit und Markteffizienz ausgerichtet werden.

Neue Entwicklungen im Geothermie-Beschleunigungsgesetz (GeoBG) und im Bereich der EnWG-Novelle zeichnen zudem den politischen Willen zu schnelleren Genehmigungen und einer höheren Einstufung von Energiespeichern- und Netzinfrastruktur als „überragendes öffentliches Interesse“ nach.

Die Rahmenbedingungen für kommunale **Unternehmen im ÖPNV** wurden auch im Geschäftsjahr 2025 maßgeblich durch politische, wirtschaftliche und regulatorische Entwicklungen auf europäischer, bundes- und landespolitischer Ebene geprägt. Wesentliche Einflussfaktoren resultierten unter anderem aus den Anforderungen der Clean Vehicles Directive, nationalen Klimaschutzzielen, der fortlaufenden Weiterentwicklung des Deutschlandtickets sowie Förder- und Finanzierungsregularien (z. B. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – GVFG – und Regionalisierungsgesetz – RegG). Die genannten Regelungen prägen das Umfeld kommunaler Verkehrsunternehmen maßgeblich und erfordern umfangreiche Investitionen in Infrastruktur, Antriebs- und Digitalisierungstechnologien. Gleichzeitig beeinflussten stadtentwicklungs- und verkehrspolitische Strategien das langfristige Mobilitätsumfeld, insbesondere mit Blick auf Infrastrukturentwicklung, ÖPNV-Angebotsziele und nachhaltige Mobilitätskonzepte.

Ergänzend zu den Verkehrserlösen der Verkehrsbetriebe blieb die Finanzierung des ÖPNV auch im Geschäftsjahr 2025 eine zentrale Herausforderung. Bund und Länder setzen über Mobilitäts- und Klimastrategien wesentliche Rahmenbedingungen, während ein erheblicher Teil der finanziellen Verantwortung weiterhin kommunal getragen wird. Haushaltspolitische Konsolidierungsanforderungen und finanzielle Restriktionen begrenzen den zukünftigen finanzpolitischen Handlungsspielraum.

Für den Freistaat Sachsen prägen landesspezifische Programme und Richtlinien die Verfügbarkeit und Ausgestaltung von Förder- und Finanzierungsinstrumenten. Ein zentraler Baustein für Investitionen in die Infrastruktur ist das Bundes-GVFG. Gleichzeitig bleibt die Finanzlage öffentlicher Haushalte angespannt, wodurch Förder- und Finanzierungsinstrumente mit Blick auf die notwendige Kofinanzierung oder notwendige Mitbauverpflichtungen zunehmend mit Unsicherheiten hinsichtlich Mittelverfügbarkeit, Konditionen und zeitlicher Perspektiven verbunden sind.

Die Erlös- und Nachfragesituation im ÖPNV wurde 2025 wesentlich vom Deutschlandticket und dessen externen Finanzierungs- und Ausgleichsmechanismen bestimmt. Die bundesweite Festpreisstruktur führt zu einer starken Nachfrageverschiebung in dieses Tarifmodell und entkoppelt die Fahrgelderlöse weitgehend von der Kostenentwicklung. Die Ausgleichssystematik orientiert sich an einer bundesweit verbindlichen Musterrichtlinie; für Sachsen wird das System durch landesspezifische Parameter konkretisiert. Eine Begrenzung der Ausgleichsvolumina bis 2029 sowie Änderungen bei Vorauszahlungsmechanismen beeinflussen dabei die Erlös- und Planungssicherheit unabhängig vom individuellen Nachfrageverhalten. Vor diesem Hintergrund können steigende betriebliche Aufwendungen – insbesondere für Energie, Material, Fremdleistungen und Personal – nicht hinreichend kompensiert werden.

Wesentliche Herausforderungen der **Wasserwerke** sind weiterhin die Erneuerung und Sanierung der bestehenden Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, der gleichzeitig notwendige wassersensible Stadtumbau sowie Anforderungen an klimaneutrales Wirtschaften. Die notwendigen Investitionen in die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur stellen eine enorme finanzielle, aber auch planerische und bauliche Leistung dar.

Ebenso herausfordernd ist der mit immer höherer Dynamik stattfindende technologische Wandel hin zu smarten und digitalen Lösungen, die jedoch gleichzeitig den gestiegenen Sicherheitsanforderungen gerecht werden müssen. Mit der Einordnung als kritische Infrastruktur (KRITIS) ergeben sich für die Wasserwerke in besonderem Maße Anforderungen aus der KRITIS-Verordnung und dem IT-Sicherheitsgesetz. Mit dem etablierten Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS, zertifiziert nach ISO/IEC 27001) entsprechen die Wasserwerke diesen Anforderungen.

Das Notfall- und Krisenmanagement wurde mit dem Aufbau eines betrieblichen Kontinuitätsmanagementsystems (BCMS) weiter gestärkt. Diesen Bedarf verdeutlicht auch die stetige Zunahme von Cyberattacken, insbesondere auf kritische Infrastrukturen, sowie das gestiegene Risiko für Ausfälle der Energieversorgung.

Als lokale Besonderheit ist nach wie vor der im bundesdeutschen Vergleich niedrige spezifische Wassergebrauch im Versorgungsgebiet der Wasserwerke zu nennen. Im Vergleich mit dem für 2025 durch den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) festgestellten bundesdeutschen Durchschnittswert von 123 Litern pro Person und Tag entspricht die Nutzung im Versorgungsgebiet der Wasserwerke mit 96 Litern pro Einwohner und Tag 2025 einem um circa 22 % geringeren Durchschnittsgebrauch. Der Durchschnittsgebrauch ist im zweiten Jahr in Folge gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen, wobei dieser Wert teilweise durch statistische Effekte beeinflusst wird.

In dem Zeitraum der vergangenen fünf Jahre hat sich aufgrund der stark zunehmenden Trockenheit auch sehr deutlich gezeigt, wie stark wetterabhängig die Wasserabgabe tatsächlich ist. Dieser Fakt und steigende Absatzspitzen wirken sich auf die Auslastung der technischen Anlagen der Wasserwerke aus.

Der Klimawandel und die damit einhergehende Zunahme von Hitzeperioden und Starkregenereignissen führen zu einem noch stärkeren Fokus auf der Anpassung der wasserwirtschaftlichen Infrastrukturen an diese Entwicklung. Das Thema „Schwammstadt“ als Reaktion auf die veränderten Bedingungen wird weiter an Bedeutung gewinnen.

Aus gesetzgeberischer Sicht ist weiterhin eher eine Verschärfung der Vorgaben im Hinblick auf Reinigungsleistung, Grenzwerte und Einleitbedingungen zu erwarten. Zentral stehen hierfür die neue Kommunalabwasserterrichtlinie (KARL), die auf EU-Ebene beschlossen und noch in deutsches Recht umzusetzen ist, sowie die bereits geltende Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (TrinkwEGV). Insgesamt führt dies in Kombination mit steigenden Bau- und Dienstleistungspreisen zu einem hohen Anspannungsgrad bei der Finanzierung für die Wasserwerke. Dies gilt insbesondere auch in Kombination mit den hohen Investitionsanforderungen der Schwesterunternehmen in der Leipziger Gruppe, die die Herausforderungen der Energie- und Mobilitätswende zu meistern haben.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung des LVV-Konzerns im Geschäftsjahr 2025 ist durch folgende wesentliche Kennzahlen im Plan- und Vorjahresvergleich gekennzeichnet:

Kennzahlen

		Plan 2025	Ist 2025	Ist 2024
Konzernergebnis	Mio. EUR	39,3	55,6	61,3
Adjustiertes EBITDA ¹	Mio. EUR	322,6	313,1	322,4
Eigenmittelquote ²	%	37,9	36,7	35,4
Nettogesamtverschuldung ³	Mio. EUR	1.391,9	1.062,5	1.051,4
Dynamischer Verschuldungsgrad ⁴		4,3	3,4	3,3

¹ adjustiertes EBITDA gleich Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen unter Beachtung der Regelungen des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes (BilRUG)

² Eigenmittelquote gleich bilanzielles Eigenkapital plus Hälfte der Sonderposten dividiert durch die um die Forderungen gegen Gesellschafter bereinigte Bilanzsumme

³ Nettogesamtverschuldung gleich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten plus sonstige zinstragende Verbindlichkeiten abzüglich liquider Mittel

⁴ dynamischer Verschuldungsgrad gleich Nettogesamtverschuldung dividiert durch adjustiertes EBITDA

Die Geschäftsführung beurteilt die Geschäftsentwicklung des LVV-Konzerns im Geschäftsjahr 2025 als insgesamt stabil und zufriedenstellend. Trotz eines nach wie vor anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfelds konnte der LVV-Konzern seine operative Leistungsfähigkeit auf einem soliden Niveau halten und die ihm obliegenden Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge zuverlässig erfüllen. Insgesamt zeigt der Geschäftsverlauf des LVV-Konzerns im Geschäftsjahr 2025, dass das bewährte Holdingmodell mit dem steuerlichen Querverbund eine tragfähige Grundlage für die nachhaltige Erbringung der kommunalen Daseinsvorsorge in den Bereichen Energie, Mobilität und Wasser darstellt. Die Geschäftsführung sieht den Konzern für die kommenden Herausforderungen gut aufgestellt.

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2025 mit einem Konzernjahresüberschuss von 55,6 Mio. EUR ab. Damit liegt das Konzernergebnis um 16,3 Mio. EUR über dem in der Wirtschaftsplanung erwarteten Wert, jedoch 5,7 Mio. EUR unter dem des Vorjahres.

Für das Geschäftsjahr 2025 beträgt das adjustierte EBITDA des LVV-Konzerns 313,1 Mio. EUR. Gegenüber dem in der Wirtschaftsplanung 2025 prognostizierten Wert liegt das EBITDA mit 9,5 Mio. EUR unter den Erwartungen. Die Abweichung ist auf operative Ergebnissrückgänge in allen drei Geschäftsfeldern zurückzuführen.

Die Eigenmittelquote des Konzerns verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte. Bei einer gestiegenen Bilanzsumme ist diese Entwicklung durch das positive Konzernjahresergebnis, die Kapitaleinlage der Stadt Leipzig über 25,0 Mio. EUR sowie die Verbesserung der Sonderposten für Zuschüsse und Fördermittel beeinflusst.

Die Nettogesamtverschuldung des Konzerns ist zum Bilanzstichtag auf 1.062,5 Mio. EUR gestiegen. Bei einer Erhöhung der liquiden Mittel und einer Verminderung des EBITDA bewegt sich damit der dynamische Verschuldungsgrad mit 3,4 nahezu auf Vorjahresniveau. Dass die Nettobankverschuldung sowie der dynamische Verschuldungsgrad deutlich unterhalb der Annahmen im Wirtschaftsplan liegen, ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die für das geplante Investitionsvolumen vorgesehenen Fremdkapitalaufnahmen im Geschäftsjahr 2025 nicht vollumfänglich aufgenommen wurden.

Folgende Rahmenbedingungen spielen bei der Ergebnisentwicklung der einzelnen Geschäftsfelder des Konzerns im Geschäftsjahr 2025 eine wesentliche Rolle:

Die **Stadtwerke** haben für das Geschäftsjahr 2025 ein Ergebnis von 93,5 Mio. EUR erwirtschaftet, das unter der in der Wirtschaftsplanung getroffenen Prognose liegt. Dies ist im Wesentlichen auf ein niedrigeres Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen zurückzuführen. Geringere Abschreibungen sowie ein verbessertes Zinsergebnis konnten den Rückgang im operativen Geschäft nur teilweise kompensieren.

Die Biomasse(heiz)kraftwerke in Piesteritz und Bischofferode wurden aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen zu Beginn des Jahres 2026 außer Betrieb genommen.

Bei den **Verkehrsbetrieben** konnten den höheren Personalaufwendungen infolge tarifvertraglicher Entwicklungen durch gestiegene Umsatzerlöse aus Verkehrsleistungen und das Produktivitätsprogramm begegnet werden. Der Anstieg der Fahrgastzahlen von 166,9 Mio. im Vorjahr auf 171,2 Mio. Fahrgäste im Geschäftsjahr 2025, begleitet von Angebotsausweitungen, wirkte sich positiv auf die Ertragslage aus. Im Rahmen des bestehenden öDA wurden im Geschäftsjahr 2025 Ausgleichszahlungen von insgesamt 94,1 Mio. EUR (Vj.: 90,6 Mio. EUR) an die Verkehrsbetriebe aus eigenen Mitteln des LVV-Konzerns gezahlt. Den Zuschüssen von Dritten kam auch im Geschäftsjahr 2025 eine hohe Bedeutung zu. Allerdings konnten die zahlungswirksam vereinnahmten Kompensationen und Zuschüsse insbesondere der Stadt Leipzig gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert werden. Während im Vorjahr noch Sondereffekte wirksam wurden, beliefen sich die Zuschüsse von Dritten im Geschäftsjahr 2025 nur noch auf 10,3 Mio. EUR (Vj.: 47,4 Mio. EUR). Bund und Land bleiben dabei mit ihren aus Regionalisierungsmitteln gedeckten Beiträgen noch deutlich hinter den städtischen Zahlungen zurück. Damit einhergehend war eine erhebliche Kraftanstrengung der Verkehrsbetriebe zur Erreichung der Planziele erforderlich. Als zentraler Treiber gilt der Beitrag des Produktivitätsprogrammes.

Der Geschäftsverlauf im Jahr 2025 war weiterhin geprägt durch die Insolvenzsituation der HeiterBlick GmbH, die als Lieferant der Straßenbahnserie XXL Plus eine zentrale Rolle bei der Fahrzeugbeschaffung der Verkehrsbetriebe einnimmt. Die andauernden Restrukturierungs- und Insolvenzprozesse führen zu erheblichen Verzögerungen in der Lieferkette und beeinträchtigten die termingerechte Fahrzeugbereitstellung. Eingeschränkte Produktions- und Umsetzungskapazität des Herstellers sowie das Ausbleiben wesentlicher Bauteile und fahrzeugtechnischer Leistungen führten dazu, dass geplante Arbeitspakete und Produktionsabschnitte in das Folgejahr verschoben werden mussten.

Im Geschäftsfeld **Wasser** werden rund 723.900 Menschen im Versorgungsgebiet mit Trinkwasser versorgt sowie für rund 691.700 Einwohner im Entsorgungsgebiet die umweltgerechte Ableitung des in ihrem Entsorgungsgebiet anfallenden Regen- und Schmutzwassers sichergestellt.

Im Geschäftsjahr 2025 haben die Wasserwerke ein Jahresergebnis von 37,3 Mio. EUR (Vj.: 39,5 Mio. EUR) erwirtschaftet. Der Ergebnismrückgang resultiert insbesondere aus geringeren Umsatzerlösen infolge der Bildung von Rückstellungen für Umsatzrisiken. Gleichzeitig stiegen Personal- und sonstige Aufwendungen moderat an. Positive Effekte aus höheren sonstigen betrieblichen Erträgen und geringeren Materialaufwendungen konnten diese Entwicklung nur teilweise kompensieren.

2.3 Ertragslage

Die Veränderung der Erträge und Aufwendungen des Konzerns im Geschäftsjahr 2025 wird anhand der nachfolgend zusammengefassten Ertragslage dargestellt. Die Posten der zugrunde liegenden Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind hierbei um neutrale Effekte bereinigt.

Ertragslage		in Mio. EUR	
	2025	2024	Veränderung absolut
Umsatzerlöse	2.342,3	2.624,2	-281,9
Materialaufwendungen	-1.579,7	-1.924,9	345,2
Rohmarge	762,6	699,3	63,3
Übrige betriebliche Erträge	101,4	128,2	-26,8
Personalaufwendungen	-374,5	-347,5	-27,0
Abschreibungen	-209,2	-206,2	-3,0
Übrige betriebliche Aufwendungen	-209,1	-199,6	-9,5
Betriebsergebnis	71,2	74,2	-3,0
Beteiligungsergebnis	4,4	6,6	-2,2
Zinsergebnis	-28,8	-27,3	-1,5
Neutrales Ergebnis	22,7	26,7	-4,0
Ergebnis vor Ertragsteuern	69,5	80,2	-10,7
Ertragsteuern	-13,9	-18,9	5,0
Konzernjahresergebnis	55,6	61,3	-5,7

Die Ertragslage ist trotz einer gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserten Rohmarge durch einen Rückgang des Betriebsergebnisses aus der operativen Tätigkeit des Konzerns gekennzeichnet. Diese Entwicklung ist insbesondere durch einen Rückgang der übrigen betrieblichen Erträge sowie höheren Personal- und sonstigen Aufwendungen beeinflusst. Dass das Konzernjahresergebnis gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Mio. EUR niedriger ausfällt, ist bei geringeren Steueraufwendungen hauptsächlich auf die Verminderung des neutralen Ergebnisses und des Beteiligungsergebnisses zurückzuführen.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Konzern stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Umsatzerlöse des Konzerns		in Mio. EUR	
	2025	2024	Veränderung absolut
Geschäftsfeld Energie	1.949,5	2.245,1	-295,6
davon: Systemmarkt	804,6	1.129,0	-324,4
davon: Endkundenmarkt	835,1	868,9	-33,8
Geschäftsfeld Mobilität	182,2	168,3	13,9
davon: Verkehrserlöse	158,9	142,7	16,2
Geschäftsfeld Wasser	210,6	210,8	-0,2
davon: Trinkwasserversorgung	102,3	99,9	2,4
davon: Abwasserentsorgung	108,3	110,9	-2,6
	2.342,3	2.624,2	-281,9

Die Umsatzerlöse des LVV-Konzerns sind auch im Geschäftsjahr 2025 wesentlich durch das Geschäftsfeld **Energie** geprägt, in dem 83,2 % (Vj.: 85,6 %) des Gesamtumsatzes des Konzerns erzielt werden.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld **Energie** betreffen im Wesentlichen den Systemmarkt der Stadtwerke für den Handel mit den Commodities Strom und Gas. Im Systemmarkt haben sich die Umsatzerlöse mengen- und preisbedingt vermindert.

Im Endkundenmarkt Strom wurden ebenso mengen- und preisbedingt geringere Umsatzerlöse erzielt. Bei steigenden Absatzmengen ergeben sich im Bereich Gas preisbedingt geringere Umsatzerlöse. Dagegen erhöhten sich im Bereich Fernwärme die Umsatzerlöse, da witterungsbedingt höhere Absatzmengen erzielt werden konnten.

Auch die Umsatzerlöse der polnischen Gesellschaften erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr und konnten somit einen stabilen Beitrag zur Ertragslage des Konzerns leisten.

Im Geschäftsfeld **Mobilität** wurden im Jahr 2025 Umsatzerlöse von 182,2 Mio. EUR (Vj.: 168,3 Mio. EUR) erzielt. Die in den Verkehrserlösen enthaltene Linieneinnahme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 7,8 Mio. EUR auf 111,2 Mio. EUR erhöht. Zur Verbesserung haben neben dem Anstieg des Fahrgastaufkommens um 2,6 % infolge der umgesetzten Angebotsmaßnahmen im Rahmen des Liniennetzes der Zukunft auch die Fahrpreisentwicklungen im Deutschlandticket und im Tarif des Mitteldeutschen Verkehrsverbunds (MDV) beigetragen.

Die Umsatzerlöse aus Hauptleistungen im Geschäftsfeld **Wasser** lagen leicht unter dem Vorjahreswert. Bei höheren Absatzmengen und gleichbleibenden Preisen wirkten sich insbesondere höhere Rückstellungen für Umsatzrisiken auf die Entwicklung der Umsatzerlöse aus.

Von den Umsatzerlösen entfielen 102,3 Mio. EUR (48,6 %) auf die Wasserversorgung und 108,3 Mio. EUR (51,4 %) auf die Abwasserableitung und -aufbereitung.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden durch die Wasserwerke insgesamt 37,1 Mio. m³ (Vj.: 36,6 Mio. m³) Trinkwasser bereitgestellt. Der Trinkwasserabsatz liegt mit 33,3 Mio. m³ über dem Vorjahresniveau. Während der Trinkwassergebrauch in der Kundengruppe Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft nahezu konstant blieb, stieg er in der Kundengruppe Haushalt gegenüber dem Vorjahr an. Hier lag der Durchschnittsgebrauch bei 95,9 Litern pro Person und Tag nach 92,9 Litern pro Person und Tag im vergangenen Jahr.

Der Schmutzwasserabsatz folgt in Teilen der Entwicklung des Trinkwasserabsatzes, soweit Ver- und Entsorgungsgebiet übereinstimmen.

Die Materialaufwendungen des Konzerns sind ebenfalls maßgeblich durch den Energiehandel der Stadtwerke geprägt. Im Vergleich zu den Umsatzerlösen sind die in den Materialaufwendungen enthaltenen Bezugsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr jedoch deutlich stärker zurück gegangen, sodass sich die Rohmarge des Konzerns erheblich verbessert hat. Darüber hinaus sind die Materialaufwendungen durch die Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen zur Instandhaltung der Versorgungsanlagen und -netze beeinflusst.

Der deutliche Rückgang der übrigen betrieblichen Erträge um 26,8 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf geringere Zuschüsse und Ausgleichszahlungen der Stadt Leipzig sowie Dritter insbesondere zur Finanzierung des ÖPNV zurückzuführen.

Die Personalaufwendungen des Konzerns steigen im Vorjahresvergleich um 27,0 Mio. EUR. Neben einer höheren Mitarbeiterzahl resultiert diese Entwicklung insbesondere aus tarifvertraglich bedingten Lohn- und Gehaltsanpassungen.

Der Anstieg der Abschreibungen ist auf die anhaltenden Investitionen des Konzerns ins Anlagevermögen zurückzuführen. Dabei übersteigen die Neuinvestitionen in das Anlagevermögen der Konzernunternehmen die Abschreibungen des Geschäftsjahres 2025 deutlich.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 9,5 Mio. EUR. Der Anstieg ist insbesondere durch gestiegene Aufwendungen für Fremd- und Dienstleistungen, insbesondere im Bereich IT und im Projekt S/4 HANA, beeinflusst.

Das sich danach ergebende Betriebsergebnis des Konzerns ist gegenüber dem Vorjahr auf 71,2 Mio. EUR zurückgegangen.

Der Rückgang des Beteiligungsergebnisses gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere durch Ergebnisthesaurierungen für nicht im Konzernabschluss berücksichtigte polnische Tochterunternehmen der GPEC beeinflusst. Demgegenüber konnte eine höhere Dividendenzahlungen der VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig (VNG), vereinnahmt werden.

Das Zinsergebnis spiegelt den hohen Finanzbedarf der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wider. Es hat sich aufgrund des Anstiegs der Gesamtverschuldung weiter verschlechtert.

Auch im Geschäftsjahr 2025 ist das Konzernergebnis neben Einflussfaktoren im operativen Bereich maßgeblich durch Sondereffekte geprägt. Ertragsseitig wird das neutrale Ergebnis vorwiegend durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (24,9 Mio. EUR), periodenfremde Umsatzerlöse (8,8 Mio. EUR), Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und dem Eingang ausgebuchter Forderungen (7,6 Mio. EUR) sowie Schadenersatzleistungen (5,1 Mio. EUR) beeinflusst. Aufwandsseitig spiegeln sich vor allem Aufwendungen aus Wertberichtigungen und der Ausbuchung von Forderungen (11,7 Mio. EUR), für Rückbaumaßnahmen und Restrukturierungsverpflichtungen (7,7 Mio. EUR) sowie für periodenfremden Energiebezug (2,6 Mio. EUR) wider.

Unter Berücksichtigung vorgenannter Ergebnisentwicklungen sowie des Steueraufwandes, der die geleisteten Steuervorauszahlungen und Zuführungen zu den Steuerrückstellungen für das Geschäftsjahr 2025 zusätzlich Steuernachzahlungen im Rahmen von Betriebsprüfungen für Vorjahre enthält, ergibt sich für das Geschäftsjahr 2025 ein Konzernjahresüberschuss von 55,6 Mio. EUR nach 61,3 Mio. EUR im Vorjahr.

Nach Verrechnung der den anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisse, des hohen aus Vorjahren übernommenen Konzernverlustvortrages sowie unter Berücksichtigung der Verwendung des Vorjahresergebnisses ergibt sich ein verbleibender Konzernbilanzverlust von 48,7 Mio. EUR.

2.4 Finanzlage

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes und die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der nachfolgend zusammengefassten Kapitalflussrechnung nach dem Deutschen Rechnungslegung Standard (DRS) 21 dargestellt.

Eine weitere Aufgliederung der Zahlungsströme ist aus der als Anlage beigefügten Konzernkapitalflussrechnung ersichtlich.

Finanzlage

in Mio. EUR

	2025	2024	Veränderung absolut
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	314,6	284,2	30,4
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-307,6	-236,6	-71,0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	1,0	-94,8	95,8
Veränderungen des Finanzmittelbestands	8,0	-47,2	55,2
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	216,6	263,7	-47,1
Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,4	0,1	0,3
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	225,0	216,6	8,4

Finanzmittelbestand

in Mio. EUR

	2025	2024	Veränderung absolut
Liquide Mittel	245,7	224,6	21,1
Inanspruchnahme kurzfristiger Kreditlinien	-9,9	0,0	-9,9
Forderungen / Verbindlichkeiten aus Cash-Pool	-10,8	-8,0	-2,8
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	225,0	216,6	8,4

Im Geschäftsjahr 2025 erwirtschaftete der Konzern einen Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 314,6 Mio. EUR, der mit 30,4 Mio. EUR über dem des Vorjahres liegt. Die Verbesserung ist insbesondere auf einen Abbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, auf Mittelzuflüsse von noch nicht verwendeten Fördermitteln und Ausgleichszahlungen, auf höhere Rückstellungen für Umsatzrisiken sowie auf Steuerrückerstattungen zurückzuführen.

Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit zeigt für das Geschäftsjahr 2025 einen Finanzmittelabfluss von insgesamt 307,6 Mio. EUR, der damit 71,0 Mio. EUR höher ausfällt als im Vorjahr. Hier wirkt sich insbesondere der Anstieg der Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen aus. Dem stehen geringere Einzahlungen von Investitionszuschüssen gegenüber.

Beim Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit stehen Mittelzuflüsse aus Darlehensneuaufnahmen von 131,8 Mio. EUR Tilgungen von 110,2 Mio. EUR, Zinszahlungen von 39,2 Mio. EUR sowie Ausschüttungen an außerhalb des Konzernkreises stehende Gesellschafter von 6,5 Mio. EUR gegenüber. Zudem stärkt eine Einlage der Gesellschafterin Stadt Leipzig von 25,0 Mio. EUR die Finanzierungskraft des Konzerns.

Die Mittelabflüsse des Konzerns aus der Investitionstätigkeit, aus der Tilgung von Darlehen, aus Zinszahlungen sowie aus vorgenommenen Ausschüttungen an außerhalb des Konzernkreises stehende Gesellschafter konnten damit vollständig aus dem Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, aus der Aufnahme von Darlehen sowie aus der Einzahlung von Einlagen und Zuschüssen gedeckt werden.

Die darüber hinaus vorhandenen liquiden Mittel haben den Finanzmittelfonds des Konzerns stichtagsbedingt um 8,4 Mio. EUR erhöht.

Die Liquidität des Konzerns war jederzeit sichergestellt. Um die Kreditwürdigkeit und damit die Finanzierungsfähigkeit dauerhaft zu sichern, ist mit den Kreditgebern für die dynamische Verschuldung ein Faktor von 4,5 als Obergrenze vereinbart und für die Eigenmittel eine Mindestquote von 25,0 % der bereinigten Bilanzsumme bestimmt. Beide Kennzahlen werden im Geschäftsjahr 2025 eingehalten.

2.5 Vermögenslage

Vermögenslage					
	31.12.2025		31.12.2024		Veränderung
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	absolut
Aktiva					
Langfristige Vermögenswerte					
Anlagevermögen	3.223,5	81,4	3.064,6	79,3	158,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0
	3.223,6	81,4	3.064,7	79,3	158,9
Kurzfristige Vermögenswerte					
Vorräte	99,5	2,5	96,1	2,5	3,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	382,6	9,7	469,6	12,2	-87,0
Liquide Mittel	245,7	6,2	224,6	5,8	21,1
	727,8	18,4	790,3	20,5	-62,5
sonstige Aktiva	8,2	0,2	9,0	0,2	-0,8
	3.959,6	100,0	3.864,0	100,0	95,6
Passiva					
Eigenkapital	1.024,3	25,9	948,7	24,6	75,6
Sonderposten	857,9	21,7	840,7	21,8	17,2
Mittel- bis langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten					
Rückstellungen	143,9	3,6	113,3	2,9	30,6
Verbindlichkeiten	1.130,6	28,6	1.245,7	32,2	-115,1
	1.274,5	32,2	1.359,0	35,2	-84,5
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten					
Rückstellungen	231,7	5,9	237,8	6,2	-6,1
Verbindlichkeiten	564,8	14,4	469,2	12,1	95,6
	796,5	20,2	707,0	18,3	89,5
sonstige Passiva	6,4	0,2	8,6	0,2	-2,2
	3.959,6	100,0	3.864,0	100,0	95,6

Die Vermögens- und Kapitalstruktur des Konzerns ist im Vergleich zum Vorjahr durch einen Anstieg der Bilanzsumme um 95,6 Mio. EUR gekennzeichnet. Auf der Aktivseite spiegelt sich diese Entwicklung hauptsächlich in einem Anstieg des Anlagevermögens und der liquiden Mittel wider. Dem steht eine Verminderung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen gegenüber.

Der LVV-Konzern weist eine sehr hohe Anlagenintensität auf. So entfallen 81,4 % (Vj.: 79,3 %) der Bilanzsumme von 3.959,6 Mio. EUR auf das Anlagevermögen. Die Finanzierung des Anlagevermögens ist nahezu vollständig mittel- und langfristig – insbesondere durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen – sichergestellt. Aufgrund auslaufender Darlehen erhöht sich im Jahr 2026 die kurzfristige Finanzierung des Anlagevermögens. Diese sollen im Geschäftsjahr 2026 langfristig refinanziert werden.

Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit lagen auch im Geschäftsjahr 2025 im weiteren Ausbau der Versorgungs- und Verkehrsanlagen.

Der Rückgang der kurzfristigen Forderungen ist neben den gesunkenen Forderungen aus Energiehandel insbesondere auf geringere Forderungen aus der Verbrauchsabrechnung und -abgrenzung an Endkunden zurückzuführen. Weiterhin wurde dem Risiko von Forderungsausfällen durch angemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Die liquiden Mittel des Konzerns erhöhten sich stichtagsbedingt um 21,1 Mio. EUR. Im Liquiditätsbestand spiegeln sich insbesondere die vorhandenen liquiden Mittel der Tochterunternehmen wider. Der Anstieg ist vorwiegend auf erhaltene, jedoch noch nicht vollständig verwendete Fördermittel sowie auf Zahlungsabflüsse – beispielsweise für Investitionen – zurückzuführen, die erst im Folgejahr erfolgen.

Auf der Passivseite ist die Entwicklung der Bilanzstruktur im Wesentlichen durch einen Anstieg des Eigenkapitals, der Sonderposten und der kurzfristigen Verbindlichkeiten geprägt. Gegenläufig wirkt die Verminderung hauptsächlich der mittel- bis langfristigen Verbindlichkeiten.

Das Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 75,6 Mio. EUR. Zur Verbesserung trug neben dem positiven Konzernjahresergebnis auch die Kapitaleinlage der Gesellschafterin Stadt Leipzig bei. Der Anteil des Eigenkapitals an der gestiegenen Bilanzsumme hat sich um 1,3 Prozentpunkte auf 25,9 % verbessert.

Die in den Sonderposten erfassten Investitionszuschüsse und Fördermittel stellen einen wesentlichen Baustein der Finanzierungsfähigkeit der Investitionen des Konzerns dar. Der Anteil der verwendeten Fördermittel liegt weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Der Anstieg der Sonderposten im Vorjahresvergleich ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Zugänge des Geschäftsjahres die planmäßigen ertragswirksamen Auflösungen übersteigen.

Die sonstigen Rückstellungen erhöhten sich insbesondere aufgrund der weiteren Dotierung von Rückstellungen für Umsatzrisiken, Rückbauverpflichtungen und Rechtsstreitigkeiten sowie der Berücksichtigung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und ausstehende Rechnungen.

Die Verbindlichkeiten des Konzerns verminderten sich im Vorjahresvergleich um insgesamt 19,5 Mio. EUR. Diese Entwicklung ist hauptsächlich durch einen stichtagsbedingten Rückgang der Verbindlichkeiten für den Energiebezug sowie der Verpflichtungen aus Variation Margins beeinflusst. Demgegenüber erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus Wiederbeschaffungszeitwerten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie die in den sonstigen Verbindlichkeiten enthaltenen Namensschuldverschreibungen/Schuldscheindarlehen institutioneller Investoren haben sich weiter auf 1.308,2 Mio. EUR (Vj.: 1.276,0 Mio. EUR) erhöht. Die Nettogesamtverschuldung stieg auf 1.062,5 Mio. EUR (Vj.: 1.051,4 Mio. EUR).

2.6 Investitionen

Der LVV-Konzern hat im Geschäftsjahr 2025 insgesamt 373,6 Mio. EUR (Vj.: 330,9 Mio. EUR) in das Anlagevermögen investiert. Das in der Wirtschaftsplanung für 2025 vorgesehene Investitionsvolumen (602,4 Mio. EUR) konnte jedoch nicht vollständig umgesetzt werden, was insbesondere auf Verzögerungen in der Investitionsdurchführung oder -abrechnung und Verschiebungen von Investitionsmaßnahmen ins Folgejahr zurückzuführen ist.

Von den Investitionen des Jahres 2025 entfallen 152,1 Mio. EUR (Vj.: 123,0 Mio. EUR) auf das Geschäftsfeld **Energie**. Diese umfassen hauptsächlich Investitionen in den Ersatz und die Erweiterungen für das Strom-, Gas- und Fernwärmenetz sowie in dezentrale Erzeugungsanlagen.

Im Geschäftsfeld **Mobilität** wurden im Geschäftsjahr 2025 Investitionen in einem Wertumfang von 95,4 Mio. EUR (Vj.: 96,0 Mio. EUR) durchgeführt. Dabei standen der Ausbau der Gleisanlagen und Streckenausrüstungen – unter anderen in der Jahnallee/Zeppelinbrücke, Dieskaustraße, Volbedingstraße und Prager Straße – im Vordergrund der Investitionstätigkeit. Die Fördermittelquote lag mit 27,7 % projekt- und stichtagsbedingt unter dem Niveau des Vorjahres (2024: 41,0 %). Für die Planunterschreitungen bei den Investitionen der Verkehrsbetriebe sind insbesondere die Verschiebung von Anzahlungen für die Straßenbahnbeschaffung infolge des Insolvenzverfahrens der HeiterBlick GmbH und ein verzögerter Baubeginn der Betriebswerkstatt Heiterblick ursächlich.

Das Investitionsvolumen einschließlich der unentgeltlichen Übertragung technischer Anlagen im Geschäftsfeld **Wasser** belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf insgesamt 126,1 Mio. EUR (Vj.: 111,9 Mio. EUR); es liegt somit 12,6 % über dem Investitionsvolumen des Vorjahres. Davon entfallen 43,9 Mio. EUR (Vj.: 35,6 Mio. EUR) auf die Sparte Trinkwasser, 74,6 Mio. EUR (Vj.: 69,9 Mio. EUR) auf die Sparte Abwasser sowie 7,6 Mio. EUR (Vj.: 5,5 Mio. EUR) auf sonstige Investitionen. In die Trink- und Abwassernetze einschließlich Erschließungen wurden 89,3 Mio. EUR (Vj.: 79,1 Mio. EUR) sowie 28,7 Mio. EUR (Vj.: 21,8 Mio. EUR) in Wasserwerke und 8,1 Mio. EUR (Vj.: 5,7 Mio. EUR) in den übrigen Bereich investiert.

2.7 Mitarbeiter und Beschäftigtenpolitik

Im Geschäftsjahr 2025 beschäftigte der LVV-Konzern durchschnittlich 5.550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 5.392). Der Zuwachs an Mitarbeitenden erstreckt sich dabei über alle Geschäftsbereiche der Leipziger Gruppe.

Die Leipziger Gruppe wird im regionalen Arbeitsmarkt weiterhin positiv wahrgenommen, der moderne Arbeitsbedingungen, Professionalität und Sinnhaftigkeit verbindet. Das spiegelt sich auch in gestiegenen Bewerbungseingängen wider. Die Instrumente der betrieblichen Mitbestimmung sind etabliert und werden aktiv genutzt. Die Mitarbeitenden zeichnen sich durch Kollegialität, hohe Professionalität und ein ausgeprägtes Streben nach Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit aus. Gleichzeitig bleibt der Arbeitsmarkt – insbesondere für spezialisierte Fach- und Führungsprofile – angespannt. Die demografische Entwicklung sowie der steigende Bedarf an neuen Kompetenzprofilen erhöhen den Wettbewerbsdruck um qualifizierte Mitarbeitende und stellen die Personalarbeit weiterhin vor erhebliche Herausforderungen.

Die Arbeitswelt verändert sich dynamisch, insbesondere durch gesellschaftliche, technologische und demografische Entwicklungen. Die Leipziger Gruppe reagiert darauf mit einer zielgerichteten und vorausschauenden Personalpolitik, die flexible, lebensphasenorientierte Modelle zur Gestaltung von Arbeitszeit, Arbeitsort und Arbeitsumfang schafft. Zukunftskompetenzen – insbesondere in den Feldern Digitalisierung, KI und Datenverarbeitung – werden konzernweit gefördert.

Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt auf der strategischen Personal- und Nachfolgeplanung, um dem demografisch bedingten Personalumbruch frühzeitig zu begegnen. Ein integriertes, konzernweites Konzept zur Nachfolgeplanung unterstützt dieses Ziel.

Die durch den Zukunftstarifvertrag geschaffenen Bildungs- und Lernangebote bilden weiterhin eine tragende Säule – ebenso wie die systematische Förderung von Wissens- und Erfahrungstransfer, um geschäftskritisches Know-how langfristig zu sichern. Die Nutzung und Wirksamkeit der geschaffenen Bildungsangebote hängen dabei wesentlich von der aktiven Inanspruchnahme durch Mitarbeitende und Führungskräfte sowie von der Integration in den Arbeitsalltag ab.

Die Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Sozialpartnern zählt unverändert zu den Stabilitäts- und Erfolgsfaktoren des Konzerns. Kulturentwicklung, Veränderungsbegleitung und Beteiligung sind integraler Bestandteil der Konzernstrategie. Zugleich steigen mit der zunehmenden Komplexität von Veränderungsprozessen die Anforderungen an Abstimmung, Transparenz und Entscheidungsfähigkeit auf allen Beteiligtenebenen.

Für die Sicherung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit investiert die Gruppe fortlaufend in Ausbildung, duale Studiengänge und die Entwicklung von Führungskräften. Das konzernweite Potenzialträgerentwicklungsprogramm „PEP-22“, das 2024 erfolgreich abgeschlossen wurde, hat die Basis für weitere strategische Entwicklungsformate geschaffen, die unternehmensspezifisch ausgestaltet und umgesetzt werden.

Im Bereich Gesundheit und Leistungsfähigkeit werden Präventions- und Unterstützungsangebote kontinuierlich weiterentwickelt. Die Schaffung attraktiver, inklusiver und chancengerechter Arbeitsbedingungen bleibt ein zentraler Bestandteil der Konzernpersonalpolitik. Vor dem Hintergrund wachsender Arbeitsverdichtung, zunehmender Veränderungsgeschwindigkeit und demografischer Entwicklungen gewinnt die systematische Prävention weiter an Bedeutung.

Die Leipziger Gruppe bildet weiterhin konsequent aus, erweitert kontinuierlich ihr Ausbildungsportfolio und positioniert sich als moderne, vielfältige und verantwortungsbewusste Arbeitgeberin, die sowohl bestehende Mitarbeitende bindet als auch neue Talente gewinnt und entwickelt.

Chancengleichheit, Teilhabe und Inklusion bleiben selbstverständliche Bestandteile der Personalpolitik. Die Leipziger Gruppe bietet attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten für schwerbehinderte und leistungsgeminderte Menschen und setzt damit einen wichtigen Akzent für soziale Verantwortung und Vielfalt. Die Umsetzung dieser Grundsätze erfordert eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit bestehenden Strukturen und Prozessen sowie eine nachhaltige Verankerung in Führung, Organisation und Personalinstrumenten.

Als gesellschaftspolitisch relevante Stimme der Region steht die Leipziger Gruppe für ein wertorientiertes, demokratisches und respektvolles Miteinander und erteilt Ausgrenzung und Gewalt eine klare Absage.

3 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

3.1 Risikobericht

3.1.1 Risikomanagementsystem

Das von der LVV konzernweit betriebene Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil der Geschäftssteuerung im LVV-Konzern. Wesentliche Risiken der LVV und ihrer Tochterunternehmen werden regelmäßig erfasst, bewertet und an die Geschäftsführung sowie den Aufsichtsrat berichtet. Es zielt darauf ab, die Geschäftsführung in die Lage zu versetzen, Risiken, die den Fortbestand oder das wirtschaftliche Ergebnis der LVV und des LVV-Konzerns gefährden können, zu identifizieren und, soweit möglich, frühzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Das Risikomanagement ist als kontinuierlicher Prozess in die geschäftlichen Abläufe des Konzerns integriert und besteht aus einer Vielzahl von Bausteinen, die in die Aufbau- und Ablauforganisation des Konzerns eingebettet sind. Die direkte Verantwortung zur Früherkennung, Analyse, Steuerung und Kommunikation liegt für Risiken der LVV bei der Geschäftsführung, für Risiken der Tochterunternehmen bei der jeweiligen Geschäftsführung der Unternehmen. Zum rechtzeitigen Erkennen und Einschätzen von Risiken und gegebenenfalls Einleiten von Gegenmaßnahmen stützen sich die Geschäftsführungen in ihren Entscheidungen auf eine umfassende Beratung durch eigene kompetente Fachkräfte.

Im Rahmen des bestehenden Risikomanagements sind nach Art und Umfang potenziell bestandsgefährdende Risiken identifiziert, analysiert sowie bewertet und in Form eines Risikoportfolios inventarisiert. Den relevanten Risiken sind Frühwarnindikatoren, Eintrittswahrscheinlichkeiten, potenzielle Schadenshöhen, Schwellenwerte sowie Gegenmaßnahmen zugeordnet. Im hierauf aufbauenden Reporting werden kontinuierlich Veränderungen von Einzelrisiken des Risikoinventars der LVV und wesentliche Risiken der Tochterunternehmen in aggregierter Form erfasst, bewertet und berichtet. Darüber hinaus existiert konzernweit ein Ad-hoc-Meldesystem auf Basis festgelegter Schwellenwerte, das ein frühzeitiges Erkennen von Veränderungen im Risikoportfolio gewährleistet. Das Risikoportfolio wird regelmäßig aktualisiert und überprüft. Über die für den Gesamtkonzern zusammengefassten Risiken wird quartalsweise in den Sitzungen des Aufsichtsrates der LVV in standardisierter Form berichtet.

Mit dem implementierten Risikomanagementsystem werden die Anforderungen entsprechend § 91 Abs.2 AktG erfüllt. Es ist geeignet, bestandsgefährdende Risiken beziehungsweise die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Risiken frühzeitig zu erkennen, um diese effektiv zu steuern. Die Wirksamkeit des Risikofrüherkennungssystems wird entsprechend den gesetzlichen Anforderungen regelmäßig durch die interne Revision überprüft.

Die Unternehmensgruppe ist unmittelbar vielfältigen Risiken ausgesetzt, die sich aus der Änderung rechtlicher, wirtschaftlicher sowie politischer Rahmenvorgaben ergeben. Neben Finanzrisiken und steuerlichen Risiken beeinflussen mittelbar die – zum großen Teil operativen – Risiken der Tochterunternehmen auch das Ergebnis des Konzerns.

3.1.2 Finanzierungsrisiken

Der LVV-Konzern unterliegt im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit Finanzierungsrisiken, die durch den Einsatz geeigneter Management- und Kontrollsysteme begrenzt werden.

Liquiditätsrisiken: Die LVV als Cash-Pool-Führer steuert die Konzernliquidität über eine monatlich rollierende Liquiditätsplanung für die jeweils nächsten zwölf Monate. In diesen Prozess sind grundsätzlich alle deutschen Konzerngesellschaften einbezogen, welche am Pooling-Verfahren teilnehmen. Aus der Liquiditätsplanung werden bei Notwendigkeit Finanzierungsmaßnahmen abgeleitet, um Liquiditätsrisiken entgegenzuwirken. Sofern sich ein zukünftiger Liquiditätsbedarf ergibt, der nicht über die freien Kreditlinien ausgeglichen werden soll, wird dieser durch die LVV am Kapitalmarkt gedeckt. Die LVV verfügte zum 31. Dezember 2025 über ungenutzte Kreditlinien von 97,5 Mio. EUR für den Cash Pool sowie weitere Back-up-Kreditlinien von 50,0 Mio. EUR, von denen 10,0 Mio. EUR zum Bilanzstichtag in Anspruch genommen wurden. Der Konzern verfügt zum Stichtag über liquide Mittel von 245,7 Mio. EUR.

Langfristige Finanzierungsfähigkeit: Der LVV steht zur Finanzierung ein breites Produktspektrum zur Deckung des Finanzierungsbedarfs an den Kapitalmärkten zur Verfügung. Neben der Diversifikation bei den Instrumenten und Kontrahenten wird auch auf eine ausgeglichene Fälligkeitsstruktur geachtet.

Marktrisiko der Finanzierung: Die LVV nutzt zur Deckung ihres Finanzierungsbedarfs die Kapitalmärkte. Aus einer möglichen Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte insbesondere infolge von Krisen und geopolitischen Ereignissen können sich bei Neukreditaufnahmen auch für die LVV Risiken in Bezug auf platzierbare Volumina, Konditionen und Laufzeiten ergeben.

Für 2026 erwarten wir mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen der Märkte – insbesondere vor dem Hintergrund der multiplen internationalen Krisen sowie der schwierigen wirtschaftlichen Gesamtsituation – auch bei den Finanzierungspartnern des LVV-Konzerns dämpfende Effekte. Dies kann sich zum Beispiel in steigenden Risikokosten bei der Bepreisung, einer Reduktion der platzierbaren Volumina bei einzelnen Finanzierungspartnern und der rückläufigen Bereitschaft, lange und sehr lange Laufzeiten zu kontrahieren, zeigen. Diesen Entwicklungen wird, soweit möglich, mit dem permanenten Bestreben, den Kreis der Finanzierungspartner auszuweiten, entgegengewirkt.

Bonitätsrisiko LVV-Konzern: Daneben beeinflusst insbesondere die Bonität des LVV-Konzerns die Fähigkeit, auch in Zukunft geplante Kredite mit einer in der Planung unterstellten Kreditmarge für eine Bonität im Investment Grade aufzunehmen. Hierzu führt die Konzernfinanzierung regelmäßig Gespräche mit ihren Kreditgebern, aber auch mit anderen externen Partnern, um deren Ratingeinschätzung zu kennen beziehungsweise zu verstehen und so zeitnah Signale über eine mögliche Verschlechterung zu erhalten und entsprechend reagieren zu können. Ein sehr wichtiges quantitatives Indiz für die Konzernbonität bilden die Finanzkennzahlen. Die LVV hat mit dem Abschluss von unbesicherten mittel- und langfristigen Darlehensverträgen standardisierte Financial Covenants vereinbart, welche vordefinierte Finanzrelationen wie Verschuldungsgrad und Eigenmittelquote enthalten. Zur Sicherstellung der zukünftigen Kreditwürdigkeit stellt die Einhaltung der Financial Covenants eine wichtige Zielgröße für die Wirtschaftsplanung und Steuerung des LVV-Konzerns dar. Die mögliche Fremdmittelaufnahme richtet sich an dieser Zielgröße aus.

Zins-, Währungs- und Preisrisiken: Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken sowie zur Optimierung von Kreditkonditionen können Zins- und Devisenderivate abgeschlossen werden. Ihr Einsatz ist hinsichtlich Art, Umfang, Geschäftspartnern und weiteren Bedingungen durch das Handbuch „Konzernfinanzierung“ und entsprechende Regularien bezüglich der Gremieneinbindung der LVV geregelt.

Das Kapitalmarktumfeld war im Geschäftsjahr 2025 im Vergleich zu den Vorjahren durch steigende Finanzierungskosten geprägt. Neben steigenden Basiszinssätzen wirkt auch die generelle Erhöhung der Risikoversorge bei Finanzierungspartnern aufgrund von erwarteten Ausfällen im Zusammenhang mit Rezessionsentwicklungen.

Das Finanzierungsportfolio der LVV ist überwiegend durch Fremdmittel geprägt, die auf festverzinslicher Basis vereinbart wurden und somit keinem Zinsänderungsrisiko unterliegen. Auf Ebene des LVV-Konzerns bestehen in vertretbarem Umfang außerbilanzielle Verpflichtungen sowie in den ausländischen Tochterunternehmen variabel verzinsliche Bankverbindlichkeiten, die nicht gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert sind. Dem Zinsänderungsrisiko wird durch kontinuierliche Beobachtung der Zinsentwicklung und aktives Cash Management begegnet.

Das Finanzierungsportfolio der GPEC ist durch Bankendarlehen beziehungsweise durch Schuldverschreibungen geprägt, die auf variabel verzinslicher Basis vereinbart worden sind (3 M WIBOR) und somit einem Zinsänderungsrisiko unterliegen. Seit dem Jahr 2024 wird das Finanzierungsportfolio der GPEC durch ein festverzinsliches Intercompany-Darlehen der LVV ergänzt, um das Zinsänderungsrisiko zu senken. Das Intercompany-Darlehen wird durch einen korrespondierenden Zins- und Währungsswap abgesichert, mit dem das Zins- und Währungsrisiko auf Ebene der LVV für dieses Geschäft neutralisiert wird. Dem darüber hinaus bestehenden Zinsänderungsrisiko begegnet die GPEC mit kontinuierlicher Beobachtung der Zinsentwicklung und aktivem Cash-Management.

Wechselkursrisiken, die die jährliche Dividendenzahlung der GPEC implizieren, wird mit kontinuierlicher Beobachtung der Kursentwicklung zwischen Euro und Złoty begegnet. Sind Wert und Zeitpunkt der Ausschüttung bekannt, findet gegebenenfalls eine Absicherung des Devisenterminkurses statt.

Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Futures.

Ausfallrisiken Vertragspartner: Ausfallrisiken bestehen gegenüber den Kontrahenten, insbesondere bei Einlagen und gegebenenfalls bei Derivaten. Gegen diese Risiken sichert sich der LVV-Konzern durch Diversifizierung sowie aktive Bonitätsüberwachung der Kontrahenten im Rahmen des laufenden Risikomanagements ab.

3.1.3 Steuerliche Risiken

Im Konzernabschluss der LVV zum 31. Dezember 2025 wurde die voraussichtliche Steuerbelastung unter Anrechnung bereits geleisteter Vorauszahlungen für das Geschäftsjahr 2025 berücksichtigt. Alle bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses bekannten Feststellungen und die sich hieraus ergebenden Risiken wurden im Rahmen der Hochrechnung zum 31. Dezember 2025 berücksichtigt. Weitere steuerliche Risiken im Zusammenhang mit möglichen Effekten auf die laufende oder latente Steuerbelastung können sich aus derzeit laufenden oder zukünftigen Betriebsprüfungen, Gesetzesänderungen und der Rechtsprechung der Finanzgerichte ergeben.

Für die abgeschlossene steuerliche Außenprüfung für den Zeitraum 2017 bis 2019 liegen endgültige Bescheide des Finanzamtes Leipzig II aus dem Jahr 2025 vor. Die finanzamtliche Betriebsprüfung der Veranlagungszeiträume 2020–2022 hat im Jahr 2025 begonnen; Feststellungen liegen bisher nicht vor.

Für die ausländischen Tochtergesellschaften sind uns für den Berichtszeitraum keine Steuerrisiken bekannt, welche eine zusätzliche Rückstellung über die bereits abgebildeten Steuerrückstellungen hinaus erforderlich machen würden.

Damit sind alle derzeit erkennbaren steuerlichen Risiken im Konzernabschluss abgebildet. Nach Durchführung der Transitional CbCR Safe Harbour-Berechnungen für 2025 ergibt sich, dass in Deutschland der Routine-Profits-Test und in Polen der ETR-Test erfüllt sind. Somit ist der Transitional CbCR Safe Harbour sowohl in Deutschland als auch in Polen anwendbar, sodass sich insoweit keine Mindeststeuerschuld der LVV ergibt.

Um weitere Risiken im steuerlichen Bereich zu reduzieren, wird die Entwicklung der Steuergesetzgebung und -rechtsprechung fortlaufend und umfassend beobachtet.

Der steuerliche Querverbund ist auch nach der Einstellung des Verfahrens über den Beihilfecharakter des steuerlichen Querverbundes beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) und dem Bundesfinanzhof (BFH) immer wieder Gegenstand der Rechtsprechung, wodurch diese steuerliche Begünstigung weiterhin risikobehaftet bleibt. So hatte sich der BFH mit Urteil vom 15. Juli 2020 (Az. I R 55/17, am 4. März 2021 veröffentlicht) geäußert und seine kritische Haltung erneuert. Das zuletzt ergangene Urteil des BFH zum steuerlichen Querverbund vom 29. August 2024, V R 43/21, ist mangels des Bäder-Querverbunds für die LVV nicht relevant.

3.1.4 Operative Risiken

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung des LVV-Konzerns könnten sich aus Änderungen und Umsetzungsregelungen des EU-Rechts, der nationalen Gesetzgebung und aktuellen Rechtsprechung im Energie-, Wasser-/Abwasser- und Verkehrsbereich ergeben. Weiterhin wird der LVV-Konzern durch die sich auf Ebene der Tochterunternehmen ergebenden branchenspezifischen Rahmenbedingungen beeinflusst, welche einer kontinuierlichen Überwachung bedürfen.

Insbesondere aufgrund der zunehmenden Veränderungsgeschwindigkeit und der häufigen Richtungswechsel im rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld wird der Beobachtung des rechtlich-politischen Umfeldes durch den LVV-Konzern besondere Bedeutung beigemessen.

Vor dem Hintergrund der herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie des fortlaufenden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind weiterhin in allen Geschäftsbereichen des LVV-Konzerns Auswirkungen auf Preise und Verfügbarkeit von Energie, Rohstoffen und Dienstleistungen, Lieferketten, Forderungsausfälle aus Energie- und Wasserlieferungen, inflationsbedingte Tarifsteigerungen bei Löhnen und Gehältern sowie der Verzug von Baumaßnahmen und größeren Projekten möglich.

Darüber hinaus können die anhaltenden geopolitischen Spannungen im Nahen Osten zu zusätzlicher Unsicherheit und Volatilität auf den internationalen Energie- und Rohstoffmärkten führen. Diese geopolitischen Entwicklungen werden aufmerksam verfolgt, da sie grundsätzlich Einfluss auf Beschaffungs-, Preis- und Versorgungssituationen haben können. Für die Leipziger Gruppe sind kurzfristige Auswirkungen derzeit jedoch begrenzt, da ein wesentlicher Teil der benötigten Energie für die Jahre 2026 und 2027 im Rahmen der langfristigen Beschaffungsstrategie bereits gesichert wurde. Die weitere geopolitische und marktwirtschaftliche Entwicklung wird im Rahmen des Risikomanagements kontinuierlich beobachtet.

Nach Einschätzung der aktuellen Risikosituation werden im Geschäftsfeld **Energie** insbesondere Risiken aus dem regulatorischen, branchenspezifischen und finanzwirtschaftlichen Umfeld erwartet.

Regulatorische Risiken ergeben sich aus den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sowie den Festlegungen und Bescheiden der Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden, die den bisherigen regulatorischen Rahmen ablösen. Der Regulierungsrahmen und die Methode der Anreizregulierung per

(RAMEN)-Festlegungen der Bundesnetzagentur verkürzen die Regulierungsperioden zukünftig von fünf auf drei Jahre. Dies erhöht das Risiko für den Strom- und Gasnetzbetrieb, da zukünftig zum einen regulatorische Ineffizienzen schneller abgebaut werden müssen und zum anderen Effizienzgewinne schneller abgeschöpft werden.

Im Systemmarkt führt die Volatilität der Marktpreise für Strom, Gas und Emissionsrechte zu allgemeinen Risiken aus Handelsgeschäften. Sich ändernde Marktpreise führen bei Preissteigerungen zu einem signifikanten Anstieg der Volatilität aus den an der Börse zu hinterlegenden Sicherheitsleistungen für abgeschlossene Kauf- und Verkaufsgeschäfte und einem daraus resultierenden kurzfristigen Liquiditätsfluss. Hier wirkt der stetig wachsende Einfluss der erneuerbaren Energien in der Preisbildung. Ferner sind die systemisch bedingt hohen Anforderungen an das Bilanzkreismanagement und die Stellung von Sicherheiten an den verschiedenen Handelsplätzen zu berücksichtigen.

Beim Betreiben von Energieerzeugungsanlagen liegen die Risiken in Betriebsstörungen, Produktionsausfällen und Versorgungsunterbrechungen. Mithilfe regelmäßiger Wartung und Instandhaltung sowie Versicherungen für wesentliche Folgen potenzieller Schadenseintritte werden diese Risiken begrenzt. Für neu zu errichtende Erzeugungsanlagen bestehen Risiken in der Bauverzögerung, in erfolgreichen Klagen gegen Baugenehmigungen sowie in der allgemeinen Marktpreissteigerung der Baukosten.

Im Endkundenmarkt hat die noch immer stark reduzierte Bau- und Vertriebstätigkeit in der Immobilienbranche zu negativen Auswirkungen auf die Akquisitionsleistung der Stadtwerke in diesem Segment, zum anderen bleibt die Insolvenzgefahr bei Bauträgern und Projektentwicklern hoch. Im Handel, im produzierenden Gewerbe und in der Gastronomie lassen sich gestiegene Erzeugerpreise weiterhin nur schwer durchsetzen. Es besteht die Gefahr, dass Kunden ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgemäß nachkommen. Zur Begrenzung des Adressausfallrisikos wird insbesondere bei Großkunden prinzipiell vor Aufnahme von Vertragsverhandlungen und vor Abgabe eines verbindlichen Angebotes eine Bonitätsanalyse durchgeführt. Darüber hinaus ist ein konsequentes Forderungsmanagement implementiert, sodass dem Risiko von Forderungsausfällen und Insolvenzen zeitnah begegnet und gegebenenfalls Vorsorge getroffen werden kann.

Der steigenden Komplexität am Markt und dem Wunsch der Kunden nach Unterstützung bei der Entwicklung in Richtung CO₂-Neutralität begegnen die Stadtwerke unter anderem durch eine verstärkt beratungsorientierte Vertriebspolitik sowie mit kundenorientierten Produkten und Dienstleistungen.

Darüber hinaus bestehen Marktverdrängungsrisiken durch Aktionen des Wettbewerbs. Dem wirkt die stetige Entwicklung der Kundenschnittstellen (Kundenportal) entgegen.

Im Bereich Netze können im Zusammenhang mit Versorgungsunterbrechungen und Funktionsfehlern der technischen Anlagen Risiken auftreten. Durch regelmäßige Instandhaltungen und Investitionen in die Netze und Anlagen wird diesen Risiken entgegengewirkt. Für die Errichtung der Fernwärmetrasse zur Nutzung industrieller Abwärme bestehen ebenso Risiken im Bauablauf und in erfolgreichen Klagen gegen Baugenehmigungen sowie der allgemeinen Baukostensteigerungen.

Für die Windkraft- und Photovoltaikanlagen bestehen Risiken aus zu schwachem Windaufkommen oder geringerer Sonneneinstrahlung und Unterbrechungen aufgrund von Betriebsstörungen. Daneben bestehen für Neuanlagen Vermarktungsrisiken aufgrund gesetzlicher Neuregelungen von Förderungsmöglichkeiten, steigender Anzahl negativer Börsenpreise, Betriebseinschränkungen durch den Netzbetreiber oder sinkender Marktpreise. Durch den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien nimmt der Preisdruck auf diese Anlagen zu, was zu wirtschaftlichen Risiken führt. Dem wird durch eine aktive Bewirtschaftung des Segments der Erneuerbaren Energien und Risikodiversifizierung durch Technologie- und Standortvielfalt entgegengewirkt.

Im Rahmen der Projektentwicklung im Bereich der Erneuerbaren Energien kann es Risiken bezüglich der Umsetzbarkeit geben. Diese können aus Verzögerungen bezüglich des Abschlusses von Nutzungsverträgen für die Standorte der technischen Anlagen, Kabeltrassen und Zuwegungen sowie aus später vorliegenden Baugenehmigungen, der Partnersuche oder der Finanzierungsmöglichkeiten für diese Projekte resultieren. Weitere mögliche Risiken können die Wirtschaftlichkeit betreffen. Diese werden beeinflusst vom Erfolg der Erzielung eines angemessenen Zuschlages nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beziehungsweise der sonstigen Stromvermarktpreise am Großhandelsmarkt sowie den allgemeinen Kostensteigerungen der Baubranche und im Anlagenbau.

Die polnische Regulierungsbehörde (URE) sorgt einerseits durch ihre Regulierungsvorgaben für Rahmenbedingungen zur gesicherten Wärmeversorgung polnischer Kunden, andererseits resultieren aus den Tarifvorgaben Einschränkungen für die Preisgestaltung der polnischen Energieunternehmen. Die GPEC beobachtet intensiv diese Entwicklungen. Weiteren möglichen Risiken auf der Versorgungsseite wird durch eine enge Zusammenarbeit und den laufenden Austausch mit den Wärmelieferanten begegnet.

Nennenswerte Risiken, die die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit im Geschäftsfeld **Mobilität** beeinträchtigen können, resultieren insbesondere aus dem ungeplanten Anstieg der Personalkosten aufgrund von laufenden Tarifverhandlungen.

Darüber hinaus werden Risiken aus der nicht ausreichenden ÖPNV-Finanzierung sowie aus der möglichen Unterschreitung von Ausgleichszahlungen von Bund/Land/Kommune gesehen. Weiterhin können sich Risiken unter anderem im Zusammenhang mit der Beschaffung von Straßenbahnen, aus geringeren Fördermittelzuwendungen infolge Gesetzesänderungen, aus drohenden Kostensteigerungen für Infrastrukturinvestitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, aus den Verschlechterungen des Netzzustandes, aber auch aus drohenden Erlösminderungen durch geringere Ausgleichszahlungen ergeben.

Im Geschäftsfeld **Wasser** ergeben sich Risiken aus der operativen Tätigkeit, welche insbesondere den technischen Bereich betreffen. So arbeiten die Wasserwerke an einigen essenziellen, übergeordneten, infrastrukturellen Maßnahmen, die für das „Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung der Stadt Leipzig“ von großer Bedeutung sind. Dazu gehören der Neubau eines Wasserwerkes in Naunhof, das Projekt Westringabschluss sowie das Projekt Südzubringer. In allen drei Projekten wird intensiv an der Genehmigungsfähigkeit gearbeitet. Die bisher eingetretenen Verzögerungen werden als moderat eingeschätzt und gefährden nicht das aktuelle Zeit- und Budgetziel.

Die Erweiterung des Klärwerks Rosental im laufenden Betrieb stellt ein sehr komplexes Projekt mit zahlreichen Schnittstellen und Abhängigkeiten dar. Aufgrund der Bedeutung für die sichere Abwasserreinigung in Leipzig bei steigenden Zulauffrachten werden potenzielle Risiken, die zu einem Zeitverzug in der Umsetzung führen können, sehr intensiv betrachtet. Im Baufortschritt hat sich im Jahr 2025 ergeben, dass die Grundwasserhaltung und der Baugrubenverbau ausgehend von den vorgefundenen Verhältnissen angepasst werden mussten. Durch intensive Abstimmungen mit den Behörden und konsequente Anpassungsmaßnahmen konnten eine Unterbrechung der Baumaßnahme und ein größerer zeitlicher Verzug abgewendet werden. Die bisher eingetretenen Verzögerungen werden als moderat eingeschätzt und gefährden nicht das aktuelle Zeit- und Budgetziel für das Gesamtprojekt.

Aktuell wird bei den Wasserwerken die Generalentwässerungsplanung für das FreigefälleNetz in Leipzig an die Vorgaben des Handlungskonzeptes Mischwasser des Freistaates Sachsen angepasst und überarbeitet. Dabei wird auch eine Neubewertung der Einleitstellen notwendig und der daraus resultierende Handlungs- und Investitionsbedarf abgeleitet. In Abhängigkeit von den noch ausstehenden Ergebnissen bestehen Risiken hinsichtlich einer Erhöhung der Abwasserabgabe und eines steigenden Investitionsbedarfs. Durch ein enges Monitoring und die Berücksichtigung der resultierenden Maßnahmen in der Mittel- und Langfristplanung der Wasserwerke wird das Risiko für das Gesamtunternehmen als moderat eingeschätzt.

Um auch in Notfall- und Krisenzeiten die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung zu gewährleisten, werden im Rahmen eines Business Continuity Management Systems (BCMS) die bestehenden Regelungen zu einem ganzheitlichen System kontinuierlich weiterentwickelt. Der Fokus liegt dabei weiterhin auf der Erarbeitung beziehungsweise Weiterentwicklung von Notfallplänen je Fachbereich, der Umsetzung technischer Maßnahmen bezüglich Ausfallsicherheit/Redundanz sowie Tests und Übungen von Infrastruktur und Organisation. Mögliche Krisen wären beispielsweise: Cyberattacken, Hochwasser, Terrorangriffe, Blackout und weitere Bedrohungslagen.

Neben den Risiken aus Tochterunternehmen ist die LVV auch **Beteiligungsrisiken**, im Wesentlichen betreffend die Beteiligung an der VNG ausgesetzt. Die VNG hat sich mit ihren Geschäftsfeldern rund um das Produkt Erdgas breit aufgestellt und erschließt im Rahmen ihrer Strategie neue Potenziale. Die VNG verfolgt darüber hinaus einen ambitionierten Pfad für einen Markthochlauf für erneuerbare und dekarbonisierte Gase wie Biogas und Wasserstoff. Diese Positionierung dient der Risikodiversifikation. Das kontinuierliche Wachstum der VNG und die Stärkung der Innenfinanzierungskraft haben Priorität, während die Anpassung an regulatorische und technologische Änderungen entscheidende Erfolgsfaktoren bleiben. Davon ausgehend bleibt das Chancen-Risiko-Profil auch in den nächsten Jahren risikobetont. Die wesentlichen Chancen und Risiken sind marktpreisgetrieben. Dies betrifft vor allem weiterhin anhaltende Preisschwankungen an den Rohstoffmärkten im Handelsbereich sowie künftige Spread-Entwicklungen im Speicherbereich. Weitere bedeutende Chancen und Risiken ergeben sich aus dem regulatorischen Umfeld. Nach aktuellem Kenntnisstand besteht kein Abwertungsbedarf für die von der LVV gehaltenen Beteiligungen.

Angriffe auf die IT-Infrastruktur (Cyberattacken), die Nichtverfügbarkeit von Systemen sowie die nicht autorisierte Verwendung von Daten gehören mittlerweile zu den am höchsten eingestuften Bedrohungsszenarien im Rahmen des Notfall- und Krisenmanagements. Dies zeigen auch die zahlreichen diesbezüglichen Vorfälle bei Unternehmen in Deutschland und weltweit. Die Strategie der LVV sowie der Unternehmen in der Gruppe im Umgang mit diesen Risiken besteht zum einen in einer fortlaufenden Weiterentwicklung der Sicherheitssysteme, um die Möglichkeiten solcher Angriffe einzuschränken. Für den Erhalt und Ausbau des hohen Standards der IT-Sicherheit werden regelmäßig Sicherheitsanalysen und Notfallübungen sowie Penetrationstests, die die Angreifbarkeit der IT-Systeme von außen überprüfen, durchgeführt. Ein Schwerpunkt liegt zum anderen in der Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Umgang mit derartigen Gefahren.

Die Umsetzung der Network and Information Security Directive 2 (NIS2) in deutsches Recht wurde im Jahr 2025 in der Leipziger Gruppe intensiv beobachtet und begleitet. Hinsichtlich der erwarteten Registrierungs-, Melde- und Kontrollpflichten wurden Analysen mit dem Ziel durchgeführt, eine konsistente und adäquate Risikobehandlung sicherzustellen. Geschäftsführungen und Mitarbeitende wurden über entsprechende Schulungen zum Thema sensibilisiert.

Die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen kann auch künftig nur in dem Umfang geleistet werden, soweit entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ausreichend eigene Mittel aus der Geschäftstätigkeit der LVV als Mutterunternehmen sowie aus weiteren Maßnahmen innerhalb des LVV-Konzerns zur Verfügung stehen.

Nach unserer Risikoeinschätzung waren keine den Fortbestand der LVV oder ihrer wesentlichen Tochterunternehmen gefährdenden Risiken zu verzeichnen.

3.2 Chancenbericht

Die wachsende Stadt Leipzig und die Gestaltung der urbanen Energie- und Mobilitätswende stellen die Unternehmensgruppe unmittelbar und mittelbar vor enorme Herausforderungen und bieten gleichzeitig wesentliche Chancen für ihre Zukunftsentwicklung. Um die Handlungs- und Leistungsfähigkeit langfristig zu sichern, harmonisieren die einzelnen Unternehmen ihre wesentlichen Themen wie Investitionen in die Modernisierung und den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur, die Digitalisierung der Dienstleistungen, Produkte und Prozesse sowie eine vorausschauende Personalpolitik.

Durch das konzernweite Management der Finanzpositionen und die steuerliche Optimierung des Querverbands werden sich bietende Chancen durch die **LVV** für den gesamten Konzern systematisch analysiert und genutzt.

Chancen ergeben sich dabei insbesondere aus der fortschreitenden Digitalisierung und dem zunehmenden Einsatz datenbasierter und KI-gestützter Anwendungen in den Geschäftsfeldern der Leipziger Gruppe. In der Energie- und Wärmeversorgung, im Netzbetrieb, in der Wasserwirtschaft, im Mobilitätsbereich sowie in den internen Verwaltungs- und Serviceprozessen entstehen hieraus zusätzliche Potenziale zur Steigerung von Produktivität und Qualität. Dazu zählen insbesondere eine vorausschauende Steuerung von Infrastrukturen, die frühzeitige Erkennung von Instandhaltungsbedarfen, die Weiterentwicklung des Kundenservice sowie die datenbasierte Optimierung betrieblicher Abläufe. Auf dieser Basis lassen sich Wirtschaftlichkeit, Versorgungsqualität und Kundenorientierung des Konzerns nachhaltig stärken. Gleichzeitig wird die digitale Transformation der Unternehmensgruppe weiter vorangetrieben.

Aus Sicht des Geschäftsfeldes **Energie** bestehen Chancen im regulatorischen, branchenspezifischen sowie leistungs- und finanzwirtschaftlichen Umfeld und in einer günstigen Marktentwicklung. Die Relevanz für die Ergebniswirkung der genannten Chancen ist jeweils abhängig vom Ausmaß der äußeren Einflüsse.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Preisentwicklung auf den Energiemärkten werden die Regulierungsbehörden auch künftig das Ziel verfolgen, die Entgelte der Netzbetreiber weiterhin auf einem niedrigen Niveau zu halten oder weiter zu senken. Durch die Entkopplung der zulässigen Erlöse von den tatsächlichen Kosten bestehen Chancen und Risiken hinsichtlich der Erschließung von Effizienzpotenzialen.

Bei einer konsequenten Begleitung der ambitionierten Klimaschutzziele durch gesetzgeberisches Handeln ergeben sich aus der Gestaltung der Energie- und Klimapolitik grundsätzlich Chancen. Dies gilt insbesondere, wenn die Zielsetzungen eines erhöhten Zubaus erneuerbarer Energien, des perspektivischen Einsatzes von grünem Wasserstoff und einer Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung durch die gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene flankiert und überprüft werden. Um die energie- und klimapolitischen Zielsetzungen im notwendigen Zeitrahmen umzusetzen, sind vor dem Hintergrund langfristiger Investitionen im Bereich der Infrastruktur- und Versorgungswirtschaft stabile Rahmenbedingungen notwendig.

Markt- und Anlageneinsatzchancen sind im Energiemarktdesign sowie in vertraglichen und regulatorischen Marktentwicklungen zu finden. Durch die weitere Flexibilisierung der Vermarktung und Steuerung des Anlagenparks sowie den Zubau von emissionsfreien Fernwärmeerzeugungsanlagen sind Chancen bei einem steigenden Strom/Gas/CO₂-Spread in der Strom- und Wärmeerzeugung gegeben.

Im Systemmarkt der Stadtwerke ergeben sich Chancen aus der Digitalisierung, neuen Handelsplätzen und -produkten an den Großhandelsmärkten, dem Heben von Automatisierungspotenzialen sowie neuen Erlösmöglichkeiten im Rahmen von erneuerbaren Energien. Daneben bietet ein volatiler Großhandelsmarkt Chancen aus der Nutzung von Preisdifferenzen an den Märkten.

Für Erneuerbare-Energie-Anlagen ergeben sich Chancen aus Marktpreisentwicklungen. Bei hohen Strompreisen an den Großhandelsmärkten bestehen darüber hinaus Chancen aus der ungeforderten Direktvermarktung. Das witterungsabhängige Wärmegeschäft kann unter Berücksichtigung der Temperaturschwankungen gleichermaßen in beide Richtungen beeinflusst werden.

Im Endkundenmarkt der Stadtwerke liegen Chancen in der schnelleren Umsetzung des Transfers der Wärmeversorgung zu regenerativen Technologien. Die kommunale Wärmeplanung stellt einen Katalysator der Energiewende dar und eröffnet neue Marktchancen in Form von Umsetzungsprojekten. Dezentrale Wärmeversorgungslösungen in Form von Gebäudenetzen und Objektversorgern runden das Wärmegeschäft der Stadtwerke weiter ab.

Es entstehen Chancen, die Marktposition durch Dienstleistungen wie Beratungen zum Energiemanagement und zur Energieeffizienz zu festigen, um auf Kundenseite die Verbräuche zu senken und Energiekosten einzusparen. Themen wie Dezentralisierung, lokale Energieproduktion, erneuerbaren Technologien und Digitalisierung spielen darüber hinaus eine tragende Rolle. Um im volatilen Marktumfeld neue Potenziale zu erschließen, werden kontinuierlich agile Strategien entwickelt, um auf die Kundenbedürfnisse als auch auf Marktanforderungen flexibel zu reagieren. Die Zusammenarbeit mit Marktpartnern wird ausgebaut, Kooperationen geschlossen und Geschäftsfelder erweitert.

Weitere Chancen stellen die beabsichtigte Diversifizierung im Erneuerbare-Energien-Portfolio dar.

Den Herausforderungen der Wärmeversorgungssicherheit in Bezug auf die Brennstoffe im Raum Pommern begegnet die GPEC-Gruppe mit einer frühzeitigen und auf mehrere Lieferanten verteilten Einkaufsstrategie bei den Einsatzstoffen für ihre Erzeugungsquellen. Ebenfalls ist man im engen Austausch und in Abstimmung mit den Wärmeverlieferanten in Gdańsk. Im Jahr 2025 erweiterte die GPEC. den Wärmebezug durch Lieferungen von Wärme aus der Müllverbrennungsanlage. Zukünftig sollen weitere dezentrale Erzeugungsanlagen das Portfolio diversifizieren.

Im Geschäftsfeld **Mobilität** schafft die langfristige Betrauung stabile Rahmenbedingungen, die eine strukturierte Umsetzung des Investitionspfads ermöglichen, Fördermittelzugänge begünstigen und die Resilienz gegenüber externen Schwankungen erhöhen können.

Die qualitative Weiterentwicklung des Angebots kann zusätzliche Nachfragepotenziale erschließen, Auslastungsmöglichkeiten verbessern und die Position des ÖPNV im städtischen Mobilitätssystem weiter festigen.

Darüber hinaus kann eine klimafreundliche Leistungserbringung die Förderfähigkeit erhöhen, Energiekostenrisiken mindern und Akzeptanz sowie Unterstützung für zentrale Projekte stärken. Zudem können digitale Betriebs- und Datenkompetenzen die Produktivität und Prozessqualität verbessern, während personalisierte Kundenkanäle die Bindung und Nutzung fördern.

Effizienzsteigerungspotenziale aus der Weiterentwicklung interner Prozesse und Strukturen können zusätzliche wirtschaftliche Handlungsspielräume schaffen.

Autonomes Fahren eröffnet zusätzliche Chancen für die Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots. Autonome Shuttles können insbesondere in peripheren und ländlichen Gebieten Angebotslücken schließen und damit Mobilität und Teilhabe erhöhen. KI-gestützte Fahrstrategien können effizientere und staufreie Verkehrsflüsse ermöglichen und damit zu Energie- und Kosteneinsparungen beitragen.

Insgesamt ergeben sich für die Verkehrsbetriebe relevante Chancen aus der Verbesserung der Angebotsqualität, der betrieblichen Effizienz und der Erreichbarkeit neuer Kundensegmente.

Auch im Geschäftsfeld **Wasser** wird mittelfristig weiterhin von einer positiven Bevölkerungsentwicklung im Versorgungsgebiet ausgegangen. Berücksichtigung findet dabei auch die stabile Entwicklung im Bereich des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land (ZV WALL). Nach einer zwischenzeitlichen Stagnation in den Vorjahren wird mittelfristig wieder von einem leicht steigenden Pro-Kopf-Gebrauch ausgegangen. Für die Wasserwerke ist damit ein Potenzial zur Steigerung des Trinkwasserabsatzes verbunden.

Weiterhin werden Chancen vor allem bei der verstärkten Implementierung digitaler Anwendungen zur Erleichterung der Arbeit und zur Effizienzsteigerung rings um das Kerngeschäft sowie bei medienübergreifenden Ansätzen zur Nutzung von Energiepotenzialen gesehen.

Im Jahr 2025 wurde bei den Wasserwerken die Prozessmanagementsoftware MEGA eingeführt. Das Tool ist die Grundlage zur Digitalisierung und Weiterentwicklung des Prozess- und Regelungsmanagements der Wasserwerke. Es bietet die Chance, Transparenz, Effizienz und eindeutige Verantwortlichkeiten entlang von Management-, Leistungs- und Unterstützungsprozessen nachhaltig zu verbessern, eine schnelle und zeitgemäße Prozessaktualisierung zu gewährleisten und die Zahl umfangreicher Anweisungsdokumente signifikant zu reduzieren.

Für die Planung und Umsetzung von Investitionsprojekten soll für die Wasserwerke das Projektmanagementtool PMT ab 2027 das führende Tool werden. Das Tool bietet die Chance, den hohen Anforderungen an ein modernes Investitionsmanagement gerecht zu werden und den Investitionsprozess noch umfassender zu digitalisieren.

In der Fördermittellandschaft werden zunehmend Programme angeboten, welche auf die Folgen des Klimawandels und damit zusammenhängender Transformationsprozesse im Stadtumbau für die Sektoren Energie und Wasser ausgerichtet sind. Antragsstellungen zur Einwerbung von Fördermitteln werden regelmäßig geprüft.

Auf Grundlage der positiven Erfahrungen und Ergebnisse in den zurückliegenden Jahren wird für die Wasserwerke insgesamt die Chance gesehen, dass durch die verstärkte Zusammenarbeit in der Leipziger Gruppe über die Zielgrößen hinaus mittel- bis langfristig weitere positive Effekte in Bezug auf die allgemeine Performance im Kerngeschäft und die Qualität der Unterstützungsprozesse erreicht werden können.

In Zeiten sehr volatiler und schwer vorhersehbarer wirtschaftlicher Entwicklungen rückt das stabile Geschäftsmodell Wasser als ganz unmittelbare „Chance“ und „stabiler Anker“ wieder mehr in den Vordergrund. Die sichere Trinkwasserversorgung und Abwasseraufbereitung als unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge und Geschäftsgrundlage der Wasserwerke ist daher als wichtigste Zukunftschance und -basis zu verstehen.

3.3 Prognosebericht

Unabdingbar für die zukünftige Ergebnisentwicklung sind die nachhaltige Sicherung der Ertragskraft der Unternehmensgruppe sowie wertsteigernde Investitionen in bestehende Geschäftsfelder unter sorgsamer Abwägung aller Chancen und Risiken. Im Rahmen der Steuerung wird ein ausgewogener Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel sichergestellt, um die Unternehmens- und Vermögenswerte langfristig zu erhalten und auszubauen. Das Agieren orientiert sich dabei an den vorhandenen Ressourcen, den Branchenentwicklungen sowie den bestehenden und erwarteten gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Ein wesentliches Ziel für die Zukunft der Leipziger Gruppe ist der Ausbau der sehr guten regionalen Wettbewerbsposition. Die Stärken der LVV und ihrer Tochterunternehmen liegen im Infrastrukturgeschäft und in den damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Bei diesen gilt es, die wirtschaftlichen Chancen, welche

sich auch aus der wachsenden Prosperität der Stadt Leipzig ergeben, zu nutzen. Um die permanenten Herausforderungen erfolgreich anzugehen, den Kundennutzen weiter zu stärken und die eigenen Ziele im Wettbewerb umzusetzen, ist unverändert die Ausrichtung auf das Kerngeschäft der einzelnen Geschäftsfelder geboten.

Die Ergebnisse des LVV-Konzerns sind insbesondere von der wirtschaftlichen Entwicklung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie zunehmend auch von der externen Unterstützung der Gesellschafterin abhängig. Die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen und Maßnahmen zur langfristigen Ergebnisverbesserung werden dabei unverändert im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen.

Die wesentlichen Eckwerte der Konzernwirtschaftsplanung im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr sind nachfolgend dargestellt und spiegeln die Erwartung der Geschäftsführung für das Folgejahr wider:

Kennzahlen

		Ist 2025	Plan 2026	Veränderung absolut
Konzernergebnis	Mio. EUR	55,6	27,8	-27,8
Adjustiertes EBITDA	Mio. EUR	313,1	306,8	-6,3
Investitionen	Mio. EUR	373,6	638,9	265,3
Eigenmittelquote	%	36,7	36,5	-0,2
Nettogesamtverschuldung	Mio. EUR	1.062,5	1.321,1	258,6
Dynamischer Verschuldungsgrad		3,4	4,3	0,9

Der Konzernwirtschaftsplan weist für das Jahr 2026 ein positives Jahresergebnis von 27,8 Mio. EUR aus.

Die Wirtschaftsplanung des Konzerns gibt Orientierung für die Entwicklung der Unternehmen in der Leipziger Gruppe in den kommenden fünf Jahren. Neben dem kurzfristigen Blick auf das Jahr 2026 wird mit der mittelfristigen Perspektive bis 2030 ein Weg aufgezeigt, um den bestehenden Herausforderungen in den einzelnen Geschäftsfeldern zu begegnen. Aufgrund der noch immer herausfordernden Rahmenbedingungen sowie der aktuellen geopolitischen Lage ergeben sich nach wie vor erhebliche Unsicherheiten in den angenommenen Planungswerten der LVV sowie der jeweiligen Unternehmen, welche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Leipziger Gruppe haben können.

Die Konzernwirtschaftsplanung geht für das Geschäftsjahr 2026 sowie mittelfristig davon aus, die konzerninterne Finanzierung des ÖPNV aus eigenen Mitteln sicherzustellen. Zusätzlich wird für die Finanzierung des erweiterten Verkehrsangebots jährlich von weiteren 20,0 Mio. EUR ausgegangen, wovon 10,0 Mio. EUR bundes- beziehungsweise landesseitig und 10,0 Mio. EUR seitens der Stadt Leipzig erwartet werden. Vor dem Hintergrund der städtischen Mobilitätsziele und des angestrebten Angebotsniveaus im Leipziger ÖPNV kommt den städtischen Kompensationen und Zuschüssen eine zentrale Bedeutung für die Sicherstellung des Verkehrsangebots zu. Aus heutiger Sicht wird die Sicherstellung der gesamten Zuschusserwartung – besonders jedoch der städtischen Mittel – als risikobehaftet eingeschätzt. Sollten Ausgleichszahlungen von Bund und Land beziehungsweise insbesondere der Stadt Leipzig ausbleiben, wäre im weiteren Jahresverlauf eine konsequente Gegensteuerung erforderlich. Diese würde im Mobilitätsbereich mit substanziellen Angebotsreduzierungen sowie entsprechenden Personalanpassungen einhergehen.

Das adjustierte EBITDA soll im Jahr 2026 entsprechend der Konzernwirtschaftsplanung bei voraussichtlich 306,8 Mio. EUR liegen. Zum Ende der Mittelfristplanung wird ein EBITDA von 431,1 Mio. EUR prognostiziert. Die Erreichung des EBITDA-Ziels ist insbesondere zur Sicherstellung einer marktüblichen Finanzierung für die vorgesehenen Investitionen notwendig. Es besteht daher der Anspruch, in den kommenden Jahren neben den bereits laufenden Aktivitäten konzernweit weitere Maßnahmen zu identifizieren und umzusetzen, die zu einem nachhaltigen Anstieg des EBITDA beitragen.

Der Investitionsplan des Konzerns sieht für das Geschäftsjahr 2026 ein Volumen von 638,9 Mio. EUR vor, von dem ein Großteil auf den **Energiebereich** entfällt. Die Investitionsplanung ist hier maßgeblich durch das Zukunftskonzept Wärmeversorgung geprägt. Zur nachhaltigen Sicherung der Fernwärmeversorgung in Leipzig ist die Nutzung von industrieller Abwärme im Planungszeitraum vorgesehen. Darüber hinaus soll mithilfe einer Großwärmepumpe bisher ungenutzte Energie aus dem gereinigten Abwasser des Klärwerkes Rosental genutzt werden. Im Bereich der Erneuerbaren Energien ist auch weiterhin der Bau von Windkraft- und Freiflächen Photovoltaikanlagen außerhalb von Leipzig vorgesehen.

Bei den polnischen Beteiligungen wird in den kommenden fünf Jahren mit einem sukzessiven Anstieg der Wärmeabnehmer gerechnet, was sich positiv auf Absatz und Umsatz auswirken wird. Trotz der schwierigen geopolitischen Situation, die erhebliche Auswirkungen auf die Energiebranche hatte, wird sich die GPEC-Gruppe sowohl im Wärmebereich als auch bei Dienstleistungen im Energiebereich und bei Ingenieurprojekten stark entwickeln. Kontinuierliche Risikoanalysen sowie eine dynamische Langfriststrategie, die sich an ändernde Marktsituationen anpasst, können den polnischen Unternehmen auch weiterhin positive Umsatzprognosen sichern.

Trotz weiterhin hoher Unsicherheiten in Hinblick auf die finanziellen Rahmenbedingungen zur Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende werden im Geschäftsfeld Mobilität die im Wirtschaftsplan verankerten Investitionen konsequent umgesetzt. Der ÖPNV ist dabei wesentlicher Lösungsbaustein zur Erreichung der verkehrs- und klimapolitischen Ziele. Die begonnene Investitionsoffensive wird – dem wachstumsorientierten Liniennetz der Zukunft folgend – fortgeführt und der eingeschlagene Weg der Umsetzung des Nachhaltigkeitsszenarios wird weiterverfolgt, um damit die Ziele des im Dezember 2019 beschlossenen Nahverkehrsplanes zu erreichen. Die Investitionsplanung des Bereiches Mobilität ist maßgeblich durch die Fahrzeugbeschaffung und die Investitionen in die Netzinfrastruktur geprägt. Zur Finanzierung wird durch die aktive Einwerbung von Fördermitteln eine Fördermittelquote von 56 % angestrebt. Das Produktivitätsprogramm der Verkehrsbetriebe-Gruppe bleibt auch im Geschäftsjahr 2026 ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Für 2026 wird ein wirtschaftlicher Effekt erwartet, der zur Stabilisierung der Ergebnis- und Finanzlage beiträgt.

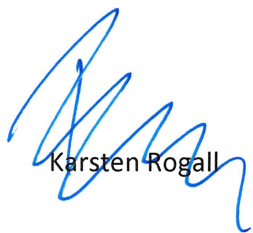
Kernaufgaben im Geschäftsbereich Wasser sind und bleiben die Gewährleistung eines sicheren Betriebs sowie die zukunftsste Erneuerung und Sanierung der Netze und Anlagen der Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung. Dabei steht die programmatische Abarbeitung der Sanierungsbedarfe des bestehenden Anlagevermögens im Fokus der Aktivitäten. Ziel ist, den Zustand des Trink- und Abwassernetzes und der Anlagen weiter zu verbessern und auf gestiegene Anforderungen zu reagieren (zum Beispiel Ausbau Klärwerk Rosental). Für das Kanalnetz wird mit der Realisierung des umfassenden Kanalsanierungsprogrammes mittelfristig von einer spürbaren und nachhaltigen Zustandsverbesserung ausgegangen. Die Verringerung des Anteils der kurz- bis mittelfristigen Sanierungsbedarfe stellt unter Berücksichtigung weiterer Zieldimensionen, wie Kosteneffizienz und hydraulische Belange, eines der Hauptziele des Kanalsanierungsprogrammes dar. Ein signifikanter Anteil der für die kommenden Planjahre eingestellten Investitionsmittel wird in die Erweiterung des Klärwerkes Rosental fließen. Mit dem Ausbau des Klärwerks werden die notwendigen Voraussetzungen zur sicheren Entsorgung steigender Abwassermengen infolge der wachsenden Stadt Leipzig geschaffen. Vor allem die Rehabilitations- und Sanierungsraten der trinkwasser- und abwasserseitigen Flächennetze sollen in den kommenden Jahren schrittweise deutlich erhöht werden, um den zustandsbedingten technischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Die Eigenmittelquote des Konzerns wird sich aufgrund des erwarteten Konzernergebnisses im Jahr 2026 sowie steigender Sonderposten für Ertragszuschüsse voraussichtlich auf 36,5 % belaufen. Durch geplante Einlagen der Gesellschafterin Stadt Leipzig ist mittelfristig von einer Stabilisierung dieses Niveaus auszugehen. Diese Beiträge bilden die finanzielle Grundlage, um die geplanten Investitionen in Energie, Mobilität und Wasser vollständig umsetzen zu können.

Der Anstieg der Nettogesamtverschuldung beruht auf der weiteren Aufnahme langfristiger Fremdmittel zur Finanzierung der anspruchsvollen Investitionsvorhaben in allen Geschäftsfeldern mit dem Ziel, den Herausforderungen der wachsenden Stadt auch zukünftig erfolgreich begegnen zu können. Der dynamische Verschuldungsgrad wird im Geschäftsjahr 2026 voraussichtlich auf 4,3 ansteigen. Im Ergebnis werden – aufgrund intensiver Anstrengungen im Konzern – die mit den Kreditgebern vereinbarten Grenzen von 25,0 % für die Eigenmittelquote und von 4,5 für den dynamische Verschuldungsgrad eingehalten und damit die zukünftige Kreditwürdigkeit des LVV-Konzerns gesichert.

Leipzig, den 30. April 2026

Geschäftsführung



Karsten Rogall



Ulf Middelberg



Volkmar Müller



Kerstin Schultheiß

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Aktiva	in TEUR	
	31.12.2025	31.12.2024
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	2.089	1.677
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten	24.780	16.029
3. Geleistete Anzahlungen	8.031	12.130
	34.900	29.836
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	455.024	452.528
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.124.534	2.112.826
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	36.845	32.838
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	427.786	293.358
	3.044.189	2.891.550
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen	34.161	30.819
2. Ausleihungen an verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	12.000	14.057
3. Beteiligungen	93.307	92.754
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.578	5.008
5. Sonstige Ausleihungen	369	613
	144.415	143.251
	3.223.504	3.064.637
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	64.108	70.953
2. Unfertige Leistungen	8.020	7.562
4. Fertige Erzeugnisse	1.361	0
3. Geleistete Anzahlungen	26.008	17.598
	99.497	96.113
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	700.053	768.415
Erhaltene Anzahlungen	-424.184	-407.024
	275.869	361.391
2. Forderungen gegen verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	3.268	6.482
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	316	544
4. Sonstige Vermögensgegenstände	103.235	101.253
	382.688	469.670
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	245.668	224.617
	727.853	790.400
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8.230	9.011
	3.959.587	3.864.048

Passiva

in TEUR

	31.12.2025	31.12.2024
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	512	512
II. Kapitalrücklage	676.942	651.942
III. Gewinnrücklagen	297.271	273.345
IV. Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-3.723	-5.186
V. Konzernbilanzverlust	-48.697	-71.584
VI. Nicht beherrschende Anteile	101.963	99.685
	1.024.268	948.714
B. Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens	713.100	699.304
C. Sonderposten für Baukostenzuschüsse	144.755	141.429
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	20.402	21.954
2. Steuerrückstellungen	4.555	7.131
3. Sonstige Rückstellungen	350.620	321.990
	375.577	351.075
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.218.210	1.185.977
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	11.578	11.349
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	173.896	192.869
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen	19.813	21.126
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.628	5.966
6. Sonstige Verbindlichkeiten	270.258	297.664
davon aus Steuern: 30.772 TEUR (Vj.: 18.050 TEUR)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 543 TEUR (Vj.: 540 TEUR)		
	1.695.383	1.714.951
F. Rechnungsabgrenzungsposten	6.409	8.470
G. Passive latente Steuern	95	105
	3.959.587	3.864.048

Konzerngewinn- und -verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

in TEUR

	2025	2024
1. Umsatzerlöse	2.351.101	2.652.494
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	457	-342
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	34.873	27.256
4. Sonstige betriebliche Erträge	109.468	166.387
	2.495.899	2.845.795
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.485.362	1.844.932
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	99.888	117.131
	1.585.250	1.962.063
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	307.303	282.680
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 7.965 TEUR (Vj.: 8.341 TEUR)	71.976	64.853
	379.279	347.533
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	210.333	206.728
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	221.125	220.887
	99.912	108.584
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen: 0 TEUR (Vj.: 3.210 TEUR)	5.532	7.637
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	421	450
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen: 325 TEUR (Vj.: 175 TEUR)	12.510	10.689
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	1.063
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.115	1.049
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: 0 TEUR (Vj.: 0 TEUR)	40.488	38.246
	-23.140	-21.582
15. Ergebnis vor Steuern	76.772	87.002
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus Veränderung latenter Steuern: Ertrag 9 TEUR (Vj.: 9 TEUR)	13.876	18.889
17. Ergebnis nach Steuern	62.896	68.113
18. Sonstige Steuern	7.329	6.851
19. Konzernjahresüberschuss	55.567	61.262
20. Nicht beherrschende Anteile	-8.754	-7.502
21. Konzernverlustvortrag	-71.584	-91.396
22. Einstellungen Gewinnrücklagen	-23.926	-33.948
23. Konzernbilanzverlust	-48.697	-71.584

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2025

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Inhaltsverzeichnis

1	Angaben zur Form und Darstellung von Konzernbilanz sowie von Konzerngewinn- und -verlustrechnung	2
1.1	Allgemeine Angaben	2
1.2	Konzernabschlussstichtag und Konsolidierungskreis	2
1.3	Konsolidierungsgrundsätze	7
2	Erläuterungen zu den Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und -verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung	7
2.1	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	7
2.2	Erläuterungen zur Konzernbilanz	12
2.3	Erläuterungen zur Konzerngewinn- und -verlustrechnung	15
3	Angaben zum Jahresergebnis	16
4	Ergänzende Angaben	16
4.1	Haftungsverhältnisse	16
4.2	Sonstige finanzielle Verpflichtungen und nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte	16
4.3	Derivative Finanzinstrumente	17
4.4	Angaben zum Mindeststeuergesetz	19
4.5	Angaben zu den Organen	20
4.6	Abschlussprüferhonorar	22
4.7	Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	23
5	Nachtragsbericht	23

1 Angaben zur Form und Darstellung von Konzernbilanz sowie von Konzerngewinn- und -verlustrechnung

1.1 Allgemeine Angaben

Die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), hat ihren Sitz in Leipzig. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Leipzig unter HRB 13860 eingetragen.

Der Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV-Konzern), zum 31. Dezember 2025 wird nach den Vorschriften der §§ 290 ff. HGB, den ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) und den Bestimmungen des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DMBiG) aufgestellt. Dabei wurden die Vorschriften des Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) grundsätzlich beachtet.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren gewählt. Ergänzende Angaben zu den einzelnen Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und -verlustrechnung befinden sich grundsätzlich im Konzernanhang.

Das Gliederungsschema der Konzerngewinn- und -verlustrechnung wurde um den Posten „Ergebnis vor Steuern“ ergänzt.

Bei den nachfolgenden Zahlen und Tabellen können sich aus rechentechnischen Gründen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (TEUR, % usw.) ergeben.

1.2 Konzernabschlussstichtag und Konsolidierungskreis

Der Konzernabschluss wird auf den Stichtag 31. Dezember 2025 aufgestellt. Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen werden auf den Bilanzstichtag der Muttergesellschaft aufgestellt.

Zum 31. Dezember 2025 ist die LVV mit folgenden Unternehmen mittelbar oder unmittelbar verbunden beziehungsweise an ihnen beteiligt:

Einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR
Bau und Service Leipzig GmbH, Leipzig	Bau und Service	Wasserwerke	100,00	1.467	3.256 ¹
Brillant Energie GmbH, Leipzig	Brillant	Stadtwerke	100,00	213	-206 ¹
ELG Leipzig GmbH, Leipzig	ELG	Stadtwerke LVB	90,00 10,00	58	-30
Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen ²	GPEC	Stadtwerke	82,86	120.552	21.053
GPEC EKSPERT SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ²	GPEC EKSPERT	GPEC	100,00	22.052	3.021
IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig ³	IFTEC	LVB LIBV	50,00 0,00	9.006	1.610
Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig	Wasserwerke	LVV	74,65	285.466	37.274 ⁴
LAB Leipziger Aus- und Weiterbildungsbetriebe GmbH, Leipzig	LAB	LVB	100,00	200	190 ¹
LAS GmbH, Leipzig	LAS	Stadtwerke	100,00	499	231 ¹
Leipziger Kommunale Energieeffizienz GmbH, Leipzig	LKE	Stadtwerke	100,00	25	419 ¹
Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH, Leipzig	LSB	LVB	100,00	1.032	686 ¹
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	LVB	LVV	100,00	136.141	0 ¹
LeoBus GmbH, Leipzig	LeoBus	LVB	100,00	2.033	164 ¹
LSI GmbH, Leipzig	LSI	Bau und Service	100,00	2.878	198
Netz Leipzig GmbH, Leipzig	Netz Leipzig	Stadtwerke	100,00	96.009	1.242 ¹
Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig	Stadtwerke	LVV	100,00	260.601	93.488 ¹
Thüringenwind GmbH & Co. Tüngeda KG, Hörselberg-Hainich	Tüngeda	LWM Stadtwerke	0,00 70,00	2.034	134

Nicht einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR
DKRB GDANSK SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2, 5}	DKRB GDANSK	GPEC	100,00	2.348	-21
GPEC ENERGIA SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2, 5}	GPEC ENERGIA	GPEC	100,00	3.488	185
GPEC PELPLIN SP. Z O.O., Pelplin, Polen ^{2, 5}	GPEC PELPLIN	GPEC	100,00	1.171	276
GPEC PRO SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2, 5}	GPEC PRO	GPEC	100,00	426	110
GPEC PROJEKT SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2, 5}	GPEC PROJEKT	GPEC	100,00	8.242	2.035
GPEC SYSTEM SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2, 5}	GPEC SYSTEM	GPEC	100,00	10.988	2.118
GPEC TERMO SP. Z O.O., Gdansk, Polen ^{2, 5}	GPEC TERMO	GPEC	100,00	3.098	438
KBL Kabelbau Leipzig GmbH, Leipzig ^{5, 6}	KBL	Stadtwerke	100,00	6.686	1.317
Leipziger Windpark Management GmbH, Leipzig ⁵	LWM	Stadtwerke	100,00	113	-8
		Meter1 GmbH	0,00		
Meter1 GmbH & Co. KG, Leipzig ^{5, 6}	Meter1 KG	Stadtwerke	100,00	222	-9
Meter1 Verwaltung GmbH, Leipzig ^{5, 6}	Meter1 GmbH	Meter1 KG	100,00	39	0
Mitteldeutsche Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Leipzig ^{5, 6}	MEE KG	Stadtwerke	100,00	381	-46
Mitteldeutsche Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Leipzig ^{5, 6}	MEE GmbH	MEE KG	100,00	22	2
Quartiersenergie GmbH, Leipzig ^{6, 7}	QE	Stadtwerke	67,00	1.715	-210
Seyda Erneuerbare Energien GmbH, Jessen ^{6, 8}	SEE GmbH	Stadtwerke	100,00	606	-30
Seyda Erneuerbare Energien Wind GmbH, Jessen ^{6, 8}	SEE Wind	Stadtwerke	100,00	371	-20
Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig ⁵	Sportbäder	Wasserwerke	100,00	1.409	0
Wassergut Canitz GmbH, Leipzig ⁵	Wassergut	Wasserwerke	100,00	2.264	-228 ¹

Nicht einbezogene assoziierte Unternehmen⁹

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR
caplog-x GmbH, Leipzig ^{6, 10}	caplog-x	Stadtwerke	31,33	2.841	905
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig ^{6, 10}	EVIL	Stadtwerke	50,00	386	-22
Energie Harzgerode GmbH, Harzgerode ^{6, 10}	EH	Stadtwerke	49,00	24	-6
HarthEnergie GmbH, Leipzig ^{10, 11}	HE	QE	100,00	k. A.	k. A.
KNL Kommunalnetz Leipzig GmbH, Leipzig ^{6, 10}	KNL	Stadtwerke	50,00	122	6
		LEE GmbH	0,00		
Leipziger Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Leipzig ^{6, 10}	LEE KG	Stadtwerke	50,00	1.666	-24
Leipziger Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Leipzig ^{6, 10}	LEE GmbH	LEE KG	100,00	25	1
Leipziger QuartiersVersorgung GmbH, Leipzig ^{10, 12}	LQV	QE	49,00	k. A.	k. A.
LIB Verwaltungs-GmbH, Leipzig ¹⁰	LIBV	LVB	50,00	26	1
Löwitz Energie GmbH, Magdeburg ^{6, 10}	LÖW	Stadtwerke	49,00	672	156
		MEE 1 V GmbH	0,00		
MEE Projektgesellschaft 1 GmbH & Co. KG, Leipzig ^{6, 10}	MEE 1 KG	Stadtwerke	50,00	2.885	-422
MEE Projektverwaltungsgesellschaft 1 mbH, Leipzig ^{6, 10}	MEE 1 V GmbH	MEE 1 KG	100,00	28	1
		MWM	0,00		
Mittelsächsische Windpark GmbH & Co. KG, Großschirma ^{6, 10}	MW KG	Stadtwerke	50,00	3.477	-219
MWM Mitteldeutsche Windpark Management GmbH, Großschirma ^{6, 10}	MWM	Stadtwerke	50,00	50	5
VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H, Leipzig ¹⁰	VNG VuB	LVV	34,57	336	2
		WEO GmbH	0,00		
WEO GmbH & Co. KG, Berlin ^{6, 10}	WEO KG	Stadtwerke	33,33	0 ¹³	-898
WEO Verwaltungs GmbH, Berlin ^{6, 10}	WEO GmbH	WEO KG	100,00	57	0
Westfälische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Leipzig ^{6, 10}	WEE KG	WEE GmbH Stadtwerke	0,00 50,00	448	-178
Westfälische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Leipzig ^{6, 10}	WEE GmbH	WEE KG	100,00	31	1
		MWM	0,00		
Windkraft Hessenweg GmbH & Co. KG, Großschirma ^{6, 10}	WHW KG	Stadtwerke	50,00	286	-600
Windpark Altenhof GmbH Co. KG Großschirma ^{6, 10}	WAlth KG	Stadtwerke	50,00	768	-31
		MWM	0,00		
Windpark Königshain-Wiederau GmbH & Co. KG, Großschirma ^{6, 10}	WKW KG	Stadtwerke	50,00	1.441	-130
		MWM	0,00		
Windpark Königshain-Wiederau Zwei GmbH & Co. KG, Großschirma ^{6, 10}	WKW 2 KG	Stadtwerke	33,33	294	-235
		MWM	0,00		
Windpark Kyffhäuserland GmbH & Co. KG, Großschirma ^{6, 10}	WKL KG	Stadtwerke	50,00	930	-21

Weitere Beteiligungen

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR
8KU GmbH, Berlin ⁶	8KU	Stadtwerke	12,50	316	3
beka GmbH, Köln ⁶	beka	LVB	0,47	1.356	104
envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz ⁶	enviaM	LVV	0,07 ¹⁴	2.239.968	288.661
European Energy Exchange AG, Leipzig	EEX	LVV	4,92	1.070.504	215.494
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau ⁶	FEO	Wasserwerke	0,29	134.602	3.038
Joblinge gemeinnützige AG Leipzig, Leipzig ⁶	Joblinge	Stadtwerke	6,25	183	53
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz ¹⁵	KBE	LVV	1,35	514.486	35.439
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV), Halle (Saale) ⁶	MDV	LVB	16,96	477	0
		MIV	0,00		
Mobility inside Holding GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main ⁶	MiH	LVB	2,21	2.682	-811
Mobility inside Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main ⁶	MiV	LVB	5,00	57	2
SAG Abwicklungs AG, i. L., Zwenkau ¹⁶	SAG	Brillant	11,43	k. A.	k. A.
		TEEV	0,00		
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Aachen ⁶	TEE	Stadtwerke	3,46	145.578	5.755
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Aachen ⁶	TEEV	TEE	100,00	84	59
VNG AG, Leipzig	VNG AG	LVV	5,41 ¹⁷	1.941.730	283.029

¹ Jahresergebnis vor Ergebnisabführung² Umrechnungskurs Bilanz zum Stichtag, Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnitt³ die IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig, ist gemäß § 264b HGB von Ihrer Verpflichtung befreit, einen handelsrechtlichen Jahresabschluss und einen Lagebericht nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften offenzulegen; Einbeziehung in den Konzernabschluss aufgrund Stimmrechtsmehrheit⁴ Jahresergebnis vor Ergebnisabführung und Ausgleichszahlung Minderheitsgesellschafter⁵ Nichteinbeziehung verbundener Unternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung wegen Unwesentlichkeit im Verhältnis zu Bilanzsumme, Umsatz und Ergebnis des Konzerns⁶ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024⁷ Nichteinbeziehung verbundener Unternehmen gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wegen nicht beherrschenden Einflusses⁸ Nichteinbeziehung verbundener Unternehmen gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB wegen Weiterveräußerungsabsicht⁹ die Anteile am gezeichneten Kapital entsprechen den Stimmrechten¹⁰ Nichteinbeziehung assoziierter Unternehmen gemäß § 311 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung wegen Unwesentlichkeit der Ergebnis- und Ausschüttungsbeiträge¹¹ Gründung erfolgte im Jahr 2025 – Jahresabschluss liegt noch nicht vor¹² Kauf erfolgte im Jahr 2025 – Jahresabschluss liegt noch nicht vor¹³ nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten von TEUR 9.842¹⁴ treuhänderisch gehaltenes Aktienpaket über KBE¹⁵ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 30. Juni 2025¹⁶ Gesellschaft ist aufgelöst – von Amts wegen eingetragen gemäß § 65 Abs. 1 GmbHG¹⁷ über VNG VuB gehaltene LVV-Anteile

1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss des LVV-Konzerns wird auf Grundlage der Richtlinie der LVV für die Erstellung des Konzernabschlusses und für die Erstellung der Handelsbilanzen II der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen aufgestellt.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses werden die Vorschriften über die Kapitalkonsolidierung (§ 301 HGB), die Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB) und die Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) beachtet. Währungsbedingte Umrechnungsdifferenzen aus der Schuldenkonsolidierung werden aus Vereinfachungs- und Wesentlichkeitsgründen erfolgswirksam erfasst.

Grundlage der Kapitalkonsolidierung sind die Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Erwerbs- beziehungsweise Gründungszeitpunkt oder zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. Die Kapitalkonsolidierung erfolgt für alle bereits vor dem 1. Januar 2010 einbezogenen konsolidierten Unternehmen abweichend vom Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) Nr. 4 zulässigerweise nach der Buchwertmethode.

Von der Möglichkeit der Nichteinbeziehung von Tochterunternehmen in den Konzernabschluss nach § 296 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden saldiert, die Erträge mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

Für den erfolgten Verkauf von Anlagevermögen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurde auf eine Eliminierung der Zwischenergebnisse entsprechend § 304 Abs. 2 HGB verzichtet.

Für die Umrechnung der Bilanzposten der ausländischen Tochtergesellschaften wurden die Stichtagskurse (Devisenkassamittelkurs) beziehungsweise historischen Kurse für das Eigenkapital zugrunde gelegt (Fremdwährungsumrechnung). Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung wurden zum ungewichteten Durchschnittskurs des Geschäftsjahres in Euro umgerechnet.

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen sind von untergeordneter Bedeutung, deshalb wird unter Bezugnahme auf § 311 Abs. 2 HGB auf die Anwendung von § 311 Abs. 1 und § 312 HGB verzichtet, das heißt sie werden nicht mittels Equity-Bewertung in den Konzernabschluss einbezogen.

2 Erläuterungen zu den Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und -verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

2.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, werden die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Entsprechend der Going-Concern-Annahme werden diese unverändert im Vergleich zum Vorjahr angewandt.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und die **Sachanlagen** sind mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. In den Herstellungskosten selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände und sonstiger Anlagen sind neben den Einzelkosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie des hierzu erforderlichen Werteverzehrs des Anlagevermögens enthalten.

In Ausübung des Wahlrechts nach § 248 Abs. 2 HGB werden seit 2019 bei bedeutenden Sachverhalten selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert. Diese betreffen insbesondere die Eigenentwicklung von Softwarelösungen, welche über eine Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren linear abgeschrieben werden.

Unentgeltlich übernommene Anlagegüter wurden zum Zeitpunkt der Übertragung mit ihrem Verkehrswert angesetzt. Grundstückszugänge gemäß Vermögenszuordnungsgesetz sind mit einem pauschalen Bodenwert bilanziert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände enthalten Grunddienstbarkeiten nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG).

Die planmäßigen Abschreibungen werden grundsätzlich nach der linearen Abschreibungsmethode über die voraussichtliche Nutzungsdauer der Anlagegegenstände vorgenommen. Die Nutzungsdauern der einzelnen Anlagengruppen bestimmen sich nach den amtlichen AfA-Tabellen der Finanzverwaltung, welche die jeweils kürzesten zulässigen Nutzungsdauern abbilden. Den Abschreibungen liegt in der Regel eine Nutzungsdauer in einer Bandbreite von zwei bis 55 Jahren zugrunde.

Darüber hinaus werden im Fall von dauerhaften Wertminderungen außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Sofern erforderlich, werden Wertaufholungen bei in Vorjahren außerplanmäßig abgeschriebenen Vermögensgegenständen durch Zuschreibungen berücksichtigt.

Im Fall, dass wirtschaftlich wesentliche Bestandteile eines Vermögensgegenstandes eine abweichende Nutzungsdauer aufweisen und diese Bestandteile physisch separierbar sind, wird eine komponentenweise planmäßige Abschreibung angewendet. Weiterhin werden eine leistungsabhängige Abschreibung entsprechend den Betriebsstunden bei einer Gasturbine und eine degressive Abschreibung für das Heizkraftwerk Süd angewandt.

Unter Berücksichtigung des Schreibens vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) EFA 27-KANU-2-0 wurde im Geschäftsjahr für ausgewählte Teile des Gasnetzes eine Umstellung von der bisher angewandten linearen auf die degressive Abschreibungsmethode, unter Anpassung der Restnutzungsdauer bis zum 31. Dezember 2039, vorgenommen. Aus der Umstellung der Abschreibungsmethode ergibt sich im Geschäftsjahr ein die Abschreibungen erhöhender Unterschiedsbetrag von 7.379 TEUR.

Anlagegegenstände, deren Anschaffungskosten im Einzelfall 800,00 EUR nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und anschließend vollständig abgeschrieben. Bei Wirtschaftsgütern, deren Wert 250,00 EUR nicht überschreitet, werden die Anschaffungskosten sofort als Aufwand erfasst.

Soweit Anlagegegenstände der in den Konzern einbezogenen Unternehmen bezuschusst oder finanziell gefördert werden, sind diese Mittel zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Finanzlage auf der Passivseite unter dem Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens ausgewiesen. Sie werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer der geförderten Sachanlagen aufgelöst.

Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungskosten zum Nennbetrag (ohne Umsatzsteuer) angesetzt.

Die unter den **Finanzanlagen** ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten oder zu den niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt. Die Anschaffungskosten der Anteile an ausländischen Unternehmen werden zum Tageskurs des Transaktionszeitpunktes umgerechnet. Soweit erforderlich, werden Abschreibungen auf den

niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen. Ausleihungen werden zum Nennwert bewertet.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sind grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips und eines Mengenrisikos angesetzt. Als beizulegender Wert werden aktuelle beschaffungsmarktorientierte Preise verwendet.

Die **unfertigen Leistungen** sind verlustfrei zu Herstellungskosten bewertet. In die Herstellungskosten werden neben Material- und Fertigungseinzelkosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsge-meinkosten sowie des hierzu erforderlichen Werteverzehrs des Anlagevermögens einbezogen.

Die **fertigen Erzeugnisse** werden grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellkosten bewertet. Die verlust-freie Bewertung wird durch die Niederstwertermittlung anhand der Wertverhältnisse am Absatzmarkt si-chergestellt.

Unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate werden unter den Vorräten zum Erinnerungswert angesetzt. Entgeltlich erworbene Emissionszertifikate werden im Posten Vorräte zu Anschaffungskosten bilanziert. So-weit erforderlich, werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vor-genommen.

Geleistete Anzahlungen auf Vorräte werden mit ihren Anschaffungskosten zum Nennbetrag (ohne Umsatz-steuer) angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert unter Berücksichtigung er-kennbarer Ausfallrisiken ausgewiesen. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind er-haltene Anzahlungen, die zum Nennwert angesetzt werden, auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch für Strom, Gas, Wasser und Abwasser offen abgesetzt.

Forderungen in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devi-senkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsforderungen werden mit ih-rem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder unter Beachtung des Realisationsprinzips für langfristige Positionen (§ 256a HGB) zum niedrigeren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Insoweit Netting-Vereinbarungen mit Partnern im Energiegroßhandel bestehen, sind Saldierungen von For-derungen und Verbindlichkeiten vorgenommen worden.

Der **Kassenbestand, die Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks** sind mit dem Nennwert bilanziert. Fremdwährungsbestände mit einer Laufzeit von unter einem Jahr sind gemäß § 256a HGB zum Devisenkas-samittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Ausgaben gebildet, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Die aus Konsolidierungsmaßnahmen resultierenden **latenten Steuern** wurden mit dem aktiven primären latenten Steuerüberhang saldiert (Gesamtdifferenzenbetrachtung). Eine Bilanzierung von latenten Steuern aus Konsolidierungsmaßnahmen (sekundäre latente Steuern) erfolgt nur, soweit sich aus der Gegenüber-stellung mit den primären latenten Steuern ein Passivüberhang ergibt oder bei Vorliegen eines Aktivüber-hangs sekundärer latenter Steuern unbeachtlich der Ausübung des Aktivierungswahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. §§ 298 und 300 Abs. 2 HGB.

Der Ermittlung aktiver sowie passiver latenter Steuern liegt das bilanzorientierte Temporary-Konzept zugrunde (§ 274 Abs. 1 HGB). Dabei werden auch latente Steuern auf quasi permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Darüber hinaus werden aktive latente Steuern auf gegebenenfalls bestehende körperschaft- und gewerbsteuerlichen Verlustvorträge gebildet, soweit innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Verlustverrechnung zu erwarten ist. Dieser Einschätzung liegen entsprechende Planungsrechnungen zugrunde.

Die Berechnung erfolgt für die deutschen Gesellschaften mit einem unternehmensindividuellen kombinierten Ertragsteuersatz (Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer) beziehungsweise im Fall von zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes, der lediglich die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet.

Bei den polnischen Gesellschaften findet der entsprechende Steuersatz Anwendung. Für das Geschäftsjahr 2025 ergibt sich konzernübergreifend unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird im Rahmen der konzerneinheitlichen Bilanzierung kein Gebrauch gemacht. Bestehende Verlustvorträge waren mangels Nutzbarkeit nicht zu bewerten.

Die latenten Steuern beruhen auf Ansatzunterschieden bei der LVV und den einbezogenen Tochterunternehmen. Dabei resultieren aktive latente Steuern insbesondere aus handels- und steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen bei Sachanlagen und Finanzanlagen, Vorräten, sonstigen Vermögensgegenständen, Sonderposten, Pensionsrückstellungen, sonstigen Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie beim passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Passive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus Sachanlagen, Finanzanlagen, Forderungen, Sonderposten, Rückstellungen und Verbindlichkeiten. In zulässiger Abweichung von DRS Nr. 18 „Latente Steuern“ wird auf eine Darstellung des Zusammenhangs zwischen erwartetem und ausgewiesenem Steueraufwand in Form einer Überleitungsrechnung verzichtet.

Aus Konsolidierungsmaßnahmen (Schuldenkonsolidierung) resultieren passive latenten Steuern. Sie sind mit einem kombinierten Ertragsteuersatz bewertet. Wegen der Zulässigkeit der Gesamtdifferenzenbetrachtung (konzernübergreifende Betrachtung) unterbleibt die Bilanzierung von latenten Steuern aus der Schuldenkonsolidierung, da diese durch einen (insgesamt bestehenden) Aktivüberhang gedeckt ist.

Die bereits seit 2021 vorliegenden passiven latenten Steuern aus der Kaufpreisallokation der Tüngeda wurden entsprechend fortentwickelt; sie sind gemäß § 306 HGB bilanziert (gesonderter Posten der Passivseite der Konzernbilanz).

Das **gezeichnete Kapital** ist zum Nennbetrag angesetzt.

Der Posten **Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung** resultiert aus der Abweichung der Bewertung der Bilanz zum Stichtagskurs sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnittskurs gegenüber der Bewertung des Eigenkapitals zum historischen Kurs bei den konsolidierten ausländischen Unternehmen.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens** werden neben unentgeltlich übernommenen Gegenständen des Anlagevermögens im Wesentlichen Investitionszuschüsse sowie die mit Investitionen zur Umweltverbesserung verrechenbare Abwasserabgabe passiviert, die über die jeweilige Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände ertragswirksam aufgelöst werden. Darüber hinaus enthält der Sonderposten ausgewiesene Rechte für unentgeltlich ausgegebene Emissionsberechtigungen, die zum Erinnerungswert angesetzt werden.

Vereinnahmte Hausanschlusskostenbeiträge und ähnliche Zuschüsse werden im **Sonderposten für Baukostenzuschüsse** ausgewiesen. Die jährliche ertragswirksame Auflösung erfolgt über die Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagengüter.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie ausgewählte Personalrückstellungen werden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) gebildet.

Für die Rückstellungen für Pensionen und andere Altersversorgungsverpflichtungen werden bei einer angenommenen Laufzeit von 15 Jahren Rechnungszinssätze von 2,03 % bis 2,06 % zugrunde gelegt sowie künftige Gehalts- und Rentenanpassungen beziehungsweise Aufwandssteigerungen von bis zu 5,0 % unterstellt.

Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von -177 TEUR.

Bei den polnischen Gesellschaften werden Rückstellungen für Altersgelder auf der Grundlage mathematischer Gutachten in Anlehnung an IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) bei einem Rechnungszins von 5,1 % sowie künftiger Gehaltsanpassungen von 5,0 % und Fluktuationsraten von bis zu 10,63 % gebildet.

Ein Teil der Pensionsverpflichtungen ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung bewertet (fortgeführte Anschaffungskosten aus der verzinslichen Ansammlung der geleisteten Sparanteile der Versicherungsprämien zuzüglich etwa vorhandener Guthaben aus Überschussbeteiligungen), da es sich um kongruent rückgedeckte Versorgungszusagen handelt. Die Bewertung erfolgt aufgrund versicherungsmathematischer Gutachten.

Bei ausgewählten sonstigen Personalrückstellungen (für Jubiläen, Altersteilzeit und Wertkontenmodelle) werden bei der Bewertung in den versicherungsmathematischen Gutachten Zinssätze gemäß den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Dabei werden zukünftige jährliche Lohn- und Gehaltsteigerungen berücksichtigt.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und als Deckungsvermögen ausschließlich der Erfüllung langfristiger Pensionsverpflichtungen sowie der Verpflichtungen aus Altersteilzeit und Wertkonten dienen, sind gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert mit den entsprechenden Verpflichtungen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt aufgrund vorliegender versicherungsmathematischer Gutachten.

Bei den **sonstigen Rückstellungen** sind alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen und ausreichend berücksichtigt. Sie werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

In den sonstigen Rückstellungen werden die unentgeltlich zugeteilten Emissionszertifikate zur Erfüllung der Rückgabeverpflichtung zum Erinnerungswert, entgeltlich erworbene Emissionszertifikate zum Buchwert sowie entgeltliche noch zu erwerbende Emissionszertifikate zum Marktwert erfasst.

Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages bestimmter langfristiger Rückstellungen wird jeweils ein angemessener Kostensteigerungsgrad berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind.

Von der Möglichkeit, **Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F.** gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB zum Umstellungszeitpunkt auf die Neuregelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) beizubehalten, wurde Gebrauch gemacht.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag und die erhaltenen Anzahlungen zum Nennwert passiviert. Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder dem höheren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Innerhalb der sonstigen Verbindlichkeiten werden die Verpflichtungen gemäß § 13 Abs. 4 Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG) ausgewiesen, wonach die Mehrerträge, die sich aus der Differenz zwischen den in der Entgeltkalkulation angesetzten Abschreibungen auf Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten (WBZW) und den handelsrechtlichen Abschreibungen ergeben, in künftigen Kalkulationsperioden entgeltmindernd anzusetzen sind. Ab der Preisperiode 2016/2017 haben die Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke), kalkulatorische Abschreibungen auf der Basis von WBZW gemäß § 13 Abs. 1 SächsKAG in der Preiskalkulation zum Ansatz gebracht. Als WBZW wird dabei der zum Zeitpunkt der Ermittlung anzusetzende Wert des Anlagevermögens, den die Gesellschaft für die Erneuerung eines Vermögensgegenstandes durch den Gegenstand gleicher Art und Güte zahlen müsste, verstanden. Die Verpflichtung wurde erstmalig im Jahr 2016 anlagenklassenbezogen ermittelt. Ab dem Zeitpunkt der Vornahme von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in Folgeperioden ist die Verbindlichkeit unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Nutzungsdauer der Investitionen planmäßig zugunsten der Umsatzerlöse ertragswirksam aufzulösen. Die daraus resultierenden Auflösungsbeträge belaufen sich im Jahr 2025 auf 1.916 TEUR.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Einnahmen, die Ertrag nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet.

Derivative Finanzinstrumente werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

2.2 Erläuterungen zur Konzernbilanz

Die Zusammensetzung und Entwicklung der einzelnen Posten des **Anlagevermögens** sind im Anlagenspiegel dargestellt; die Gliederung richtet sich nach § 266 Abs. 2 i. V. m. § 265 Abs. 6 HGB.

Von den Entwicklungskosten von 1.226 TEUR wurden im Geschäftsjahr 1.024 TEUR als selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert. Weiterhin wurden 876 TEUR aus dem Posten Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte in die selbst geschaffenen Vermögensgegenstände umgliedert.

Unter den **Finanzanlagen** werden die Anteile der nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene nicht konsolidierte Unternehmen, Beteiligungen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie sonstige Ausleihungen ausgewiesen.

Die Vorräte enthalten zum Bilanzstichtag unentgeltlich zugeteilte rückgabepflichtige Emissionsberechtigungen, die mit einem Erinnerungswert angesetzt sind (Marktwert zum 31. Dezember 2025: 3.124 TEUR).

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** der Konzernbilanz sind hauptsächlich Forderungen aus abgerechneten Energie- und Wasserlieferungen sowie aus der Abwasserbehandlung und der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag von insgesamt 646.072 TEUR enthalten. Erhaltene Anzahlungen von 424.184 TEUR werden offen abgesetzt. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen den Gesellschafter Stadt Leipzig mit 36.471 TEUR (Vj.: 39.923 TEUR) enthalten.

Von den **Forderungen gegen verbundene, nicht einbezogene Unternehmen** betreffen 1.607 TEUR (Vj.: 5.853 TEUR) Forderungen aus Cash Management, 1.581 TEUR (Vj.: 562 TEUR) sonstige Vermögensgegenstände sowie 80 TEUR (Vj.: 66 TEUR) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen mit 245 TEUR (Vj.: 290 TEUR) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind Forderungen gegen das Finanzamt von 29.902 TEUR ausgewiesen, die teilweise rechtlich erst nach dem Stichtag entstehen. Außerdem enthalten die sonstigen Vermögensgegenstände Forderungen gegenüber dem Gesellschafter Stadt Leipzig von 104 TEUR (Vj.: 0 TEUR).

Von den Forderungen haben 11 TEUR (Vj.: 6 TEUR) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie 65 TEUR (Vj.: 123 TEUR) der sonstigen Vermögensgegenstände eine **Restlaufzeit von mehr als einem Jahr**.

Der nach § 250 Abs. 3 HGB in den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** aufgenommene Unterschiedsbetrag (Disagio) beläuft sich auf 2.218 TEUR (Vj.: 2.300 TEUR).

Das **gezeichnete Kapital** entspricht dem Stammkapital im Mutterunternehmen LVV. Die Stammeinlage wird in voller Höhe von der Stadt Leipzig gehalten.

Die Kapitalrücklage hat sich im Geschäftsjahr 2025 durch eine Kapitaleinlage der Stadt Leipzig um 25.000 TEUR erhöht.

Bei den **Gewinnrücklagen** handelt es sich um andere Gewinnrücklagen.

Im Posten **nicht beherrschende Anteile** in der Bilanz von 101.963 TEUR sind die Anteile des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land, Leipzig, (ZV WALL), an den Wasserwerken, der Stadt Gdańsk an der Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen, (GPEC), der Boreas Energie GmbH an der Tüngeda sowie der Siemens AG an der IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig, (IFTEC), erfasst. Der diesen Gesellschaftern zuzurechnende Gewinn von 8.754 TEUR ist in diesem Bilanzposten verrechnet und in der Konzerngewinn- und -verlustrechnung separat im Posten nicht beherrschende Anteile ausgewiesen.

In zulässiger Abweichung von DRS Nr. 22 „Konzerneigenkapital“ werden die Angaben zu den gesetzlichen Ausschüttungs- oder Abführungssperren unterlassen.

Die **Pensionsverpflichtungen** werden bei den inländischen Unternehmen entsprechend § 246 Abs. 2 HGB mit dem korrespondierenden Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen verrechnet. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände sowie der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betragen unter Beachtung bereits geleisteter Zahlungen jeweils 361 TEUR. Die Anschaffungskosten für den Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen betragen 603 TEUR. Der im Geschäftsjahr 2025 im Zeitwert enthaltene Zinsertrag aus den verpfändeten Rückdeckungsversicherungen (22 TEUR) ist in der Gewinn- und Verlustrechnung mit den Aufwendungen aus der Verpflichtung (22 TEUR) saldiert.

Die **Steuerrückstellungen** berücksichtigen neben den Steuerrückstellungen für das laufende Geschäftsjahr auch Rückstellungen für mögliche Steuernachzahlungen für Vorjahre aus laufenden steuerlichen Außenprüfungen.

Die **sonstigen Rückstellungen** enthalten hauptsächlich Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (62.050 TEUR), für ungewisse Verbindlichkeiten (57.138 TEUR), für die Beseitigung ökologischer Schäden (52.624 TEUR), für Umsatzrisiken gemäß dem SächsKAG (47.572 TEUR), für Rückgabeverpflichtungen von CO₂-Zertifikaten (40.999 TEUR), für Altersteilzeit-, Sozialplan- und Personalaufwendungen (27.500 TEUR), für Prozessrisiken und Rechtsstreitigkeiten (16.063 TEUR), für Abwasser- und Konzessionsabgaben (13.061 TEUR), sowie für drohende Verluste (11.443 TEUR).

Die **Altersteilzeitverpflichtungen und sonstigen Personalrückstellungen für Wertkonten** (9.779 TEUR) werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen oder vergleichbar langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, verrechnet. Die Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände betragen 9.779 TEUR. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände und der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden belaufen sich jeweils auf 9.655 TEUR. Der Zinsaufwand aus der Dotierung der rückgedeckten Verpflichtungen (106 TEUR) wurde mit dem Zinsertrag aus den Rückdeckungsversicherungen (50 TEUR) verrechnet.

In den sonstigen Rückstellungen sind Aufwandsrückstellungen von 8.945 TEUR enthalten, für die das Beibehaltungswahlrecht nach Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB in Anspruch genommen wurde.

Für die in der Konzernbilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten	Restlaufzeit			in TEUR
	bis zu einem Jahr (Vorjahr)	von einem bis zu fünf Jahren (Vorjahr)	über fünf Jahre (Vorjahr)	Gesamt 31.12.2025 (Vorjahr)
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	252.215 (95.226)	359.176 (474.918)	606.819 (615.833)	1.218.210 (1.185.977)
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	11.578 (11.349)	0 (0)	0 (0)	11.578 (11.349)
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	173.896 (192.869)	0 (0)	0 (0)	173.896 (192.869)
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen	19.813 (21.126)	0 (0)	0 (0)	19.813 (21.126)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.628 (5.966)	0 (0)	0 (0)	1.628 (5.966)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	105.676 (142.678)	7.397 (6.021)	157.185 (148.965)	270.258 (297.664)
	564.806 (469.214)	366.573 (480.939)	764.004 (764.798)	1.695.383 (1.714.951)

Für den Großteil der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und die Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen / Schuldscheindarlehen institutioneller Investoren** wurden mit dem Abschluss von unbesicherten mittel- und langfristigen Darlehensverträgen standardisierte Financial Covenants vereinbart, die vordefinierte Finanzrelationen wie Verschuldungsgrad und Eigenmittelquote enthalten. Für

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 6.775 TEUR erfolgten eine Sicherungsübereignung des finanzierten Anlagevermögens und eine offene Abtretung der mit dem Projekt verbundenen Forderungen.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** betreffen mit 11.637 TEUR (Vj.: 11.560 TEUR) Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Stadt Leipzig.

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen** betreffen 12.405 TEUR (Vj.: 13.910 TEUR) Verbindlichkeiten aus Cash Management, 6.681 TEUR (Vj.: 6.267 TEUR) sonstige Verbindlichkeiten, 725 TEUR (Vj.: 946 TEUR) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie 2 TEUR (Vj.: 3 TEUR) Verbindlichkeiten aus Steuern.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

In den **sonstigen Verbindlichkeiten** sind Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen / Schuldscheindarlehen institutioneller Investoren von 90.000 TEUR (Vj.: 90.000 TEUR) enthalten.

Weiterhin sind in den sonstigen Verbindlichkeiten Verpflichtungen gemäß § 13 Absatz 4 SächsKAG (76.457 TEUR, Vj.: 66.559 TEUR) ausgewiesen.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen das Folgejahr betreffende Fahrgeldeinnahmen der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig, (Verkehrsbetriebe), von 4.132 TEUR sowie eine vereinnahmte Zahlung gemäß Wasserstoffversorgungsvertrag der Leipziger Kommunale Energieeffizienz GmbH, Leipzig (LKE), von 1.871 TEUR.

Die Veränderung der **passiven latenten Steuer** zum Vorjahr resultiert aus der planmäßigen Auflösung.

2.3 Erläuterungen zur Konzerngewinn- und -verlustrechnung

Von den **Umsatzerlösen** des Konzerns entfallen 1.823.026 TEUR auf den Energiegroßhandel und auf Energielieferungen, 210.678 TEUR auf die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, 158.945 TEUR auf Erträge aus Verkehrsleistungen einschließlich Ausgleichszahlungen sowie 158.452 TEUR auf Nebengeschäfte einschließlich der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Baukostenzuschüsse.

Von den Umsatzerlösen wurden 2.060.605 TEUR in der Bundesrepublik Deutschland und 290.496 TEUR in der Republik Polen erwirtschaftet.

Die Umsatzerlöse enthalten periodenfremde Umsatzerlöse von 8.833 TEUR.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** enthalten unter anderem periodenfremde Erträge von 29.725 TEUR. Diese betreffen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (24.927 TEUR) sowie Erträge aus dem Eingang von ausgebuchten Forderungen (1.401 TEUR).

Die Erträge aus nicht realisierten Fremdwährungsgewinnen betragen 10 TEUR.

Der **Materialaufwand** enthält periodenfremden Aufwand von 19.488 TEUR. In den **Abschreibungen** sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände von 1.135 TEUR enthalten, die im Wesentlichen stillgelegte Fernwärmeleitungen betreffen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten unter anderem periodenfremde Aufwendungen von 5.539 TEUR; diese betreffen im Wesentlichen Verluste aus Anlagenabgängen.

Aufwendungen für Fremdwährungsverluste sind in Höhe von 9 TEUR angefallen.

Unter den **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind 3.367 TEUR aus der Abzinsung von Rückstellungen und im Posten **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** sind 1.054 TEUR aus der Aufzinsung von Rückstellungen enthalten. Die Zinserträge enthalten periodenfremde Zinserträge von 499 TEUR, die sich im Wesentlichen aus Steuererstattungen für Vorjahre ergaben. Die Zinsaufwendungen enthalten periodenfremde Zinsaufwendungen von 179 TEUR, die sich vor allem aus Steuernachzahlungen für Vorjahre ergaben.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** enthalten Steueraufwendungen für das Geschäftsjahr 2025 von 19.505 TEUR sowie Erträge aus Steuererstattungen beziehungsweise Auflösungen von Steuerrückstellungen für Vorjahre von 5.629 TEUR.

3 Angaben zum Jahresergebnis

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2025 mit einem Konzernjahresüberschuss von 55.567 TEUR ab.

Unter Berücksichtigung der den anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisse (nicht beherrschende Anteile) von 8.754 TEUR, des Konzernverlustvortrages von 71.584 TEUR und der anteiligen Einstellung des Vorjahresergebnisses der LVV von 23.926 TEUR in die Gewinnrücklagen verbleibt ein Konzernbilanzverlust von 48.697 TEUR.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss der Muttergesellschaft für das Geschäftsjahr 2025 von 32.695 TEUR in die Gewinnrücklagen der LVV einzustellen.

4 Ergänzende Angaben

4.1 Haftungsverhältnisse

Im Konzern bestehen Haftungsverhältnisse von 53.510 TEUR. Davon betreffen 53.281 TEUR Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft der IFTEC in einer Bietergemeinschaft. Da die Bietergemeinschaft ihre Leistungen bisher vertragsgerecht erfüllt hat und nach derzeitigem Kenntnisstand voraussichtlich auch zukünftig erfüllen wird, ist davon auszugehen, dass mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

4.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen und nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Es bestehen im Konzern sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasing- und Leistungsverträgen sowie Investitionen von 114.040 TEUR.

Aus der Energiebeschaffung bestehen Verpflichtungen aus dem OTC (Over the Counter)-Handel für Strom mit einem Nominalwert von 277,7 Mio. EUR, für Gas mit einem Nominalwert von 303,2 Mio. EUR sowie für Emissionszertifikate mit einem Nominalwert von 25,4 Mio. EUR.

Darüber hinaus ergeben sich sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 2.897 TEUR aus noch nicht eingeforderten Kapitaleinlagen, aus der Gewährung von Darlehen, aus Verpflichtungen zur Verlustübernahme sowie aus Zahlung variabler Zusatzkaufpreise.

Das Bestellobligo beläuft sich auf 411.869 TEUR.

Ein Teil der Unternehmen des LVV-Konzerns hat im Geschäftsjahr 2025 an die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen, Dresden, Umlagen von 1,6 % und Zusatzbeiträge von 4,86 % (davon teilweise 2,4 % Arbeitnehmeranteil) der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Beschäftigten geleistet. Die Umlagen und Zusatzbeiträge dienen der mittelfristigen Ausfinanzierung der Zusatzversorgungskasse im Zuge der Umstellung auf ein beitragsfinanziertes, kapitalgedecktes Versicherungssystem. Sobald die Ausfinanzierung erreicht ist, soll die Umlage entfallen.

4.3 Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken werden bei der LVV **Finanzderivate** eingesetzt. Der Abschluss der Derivate erfolgt immer bezogen auf ein Grundgeschäft. Konkret wurde im Jahr 2024 für ein von der LVV vergebenes Intercompany-Darlehen an die polnische Enkelgesellschaft GPEC ein Zins- und Währungsswap kontrahiert, der zum Bilanzstichtag bestand und bis 2028 läuft.

Finanz-Derivate	in TEUR			
	31.12.2025			
	Nominalvolumen	Beizulegender Zeitwert	Aktiva	Passiva
Zinsderivate (Zins- und Währungsswaps)	20.251	-1.287	0	0

Das Sicherungsgeschäft (Swap) sichert alle Cash Flows aus dem Intercompany-Darlehen ab. Neben dem Tausch der anfänglichen Nominalwerte (22.805 TEUR/100.000 TPLN) sind dies alle Zins- und Tilgungszahlungen aus dem Darlehen. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten wird die sogenannte Einfrierungsmethode (kompensatorische Bewertung) angewendet.

Der Swap und das Intercompany-Darlehen stimmen in allen wesentlichen wertbestimmenden Faktoren überein (Critical Terms Match), das heißt, aufgrund der Betragsidentität und der Kongruenz der Laufzeiten, Zinssätze sowie der Zins- und Tilgungstermine gleichen sich die gegenläufigen Wertänderungen beziehungsweise Zahlungsströme während der Laufzeit von Grund- und Sicherungsgeschäft aus.

Der Zeitwert des Swaps, der mit marktüblichen Bewertungsmethoden unter Berücksichtigung der am Bewertungsstichtag vorliegenden Marktdaten (Marktwerte) ermittelt wurde, beläuft sich zum 31. Dezember 2025 gemäß Marktpreisbestätigung der Bank, mit der das Geschäft abgeschlossen wurde, auf –1.287 TEUR.

Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von **Commodity-Derivaten** in Form von Futures und Forwards mit physischer Erfüllung.

Zum Bilanzstichtag stellen sich Nominalvolumina, beizulegende Zeitwerte und Buchwerte der ausgewiesenen Commodity-Derivate wie folgt dar:

Commodity-Derivate		in TEUR			
		31.12.2025			
		Nominalvolumen	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	
				Aktiva	Passiva
Strom ¹	Kauf	506.107	-13.465	0	0 ²
	Verkauf	-502.905	12.354		
Gas ¹	Kauf	555.086	-97.077	0	0 ²
	Verkauf	-522.898	93.912		
CO ₂ -Zertifikate ¹	Kauf	60.482	9.385		
	Verkauf	-4.945	-378	0	0 ²

¹ Grund- und Sicherungsinstrumente in Bewertungseinheiten

² ineffektiver Teil der Sicherungsbeziehung

Über geregelte Märkte (Börsen) oder Finanzinstitute erworbene Finanzinstrumente (Derivate, Emissionszertifikate) werden in Anlehnung an § 1 Abs. 11 KWG als Commodity-Derivate im Anhang angegeben. Das Nominalvolumen entspricht dem additiven Wert aller geschlossenen Kauf- (1.121,7 Mio. EUR) und Verkaufsverträge (1.030,7 Mio. EUR) für zukünftige Lieferperioden bis einschließlich 2029.

Die zu Handelszwecken geschlossenen Kauf- und Verkaufskontrakte werden nach Lieferperioden und Commodities getrennt zu Portfolio-/Macro- Bewertungseinheiten zusammengefasst und entsprechend § 254 HGB bewertet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgte mit Marktpreisen zum Bilanzstichtag, basierend auf den amtlichen Schlusskursen an der European Energy Exchange AG, Leipzig. Zur Bestimmung der prospektiven Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird auf das dokumentierte und funktionsfähige Risikomanagement der Gesellschaft verwiesen, mit dem die Einhaltung der Risikolimits fortlaufend überwacht wird. Die gegenläufigen Wertänderungen gleichen sich voraussichtlich aufgrund der hohen Übereinstimmungen der Konditionen aus dem Kauf- und Verkaufskontrakten über einen Zeitraum von drei Jahren aus. Die Beurteilung der Effektivität der Bewertungseinheit erfolgt zum Jahresende durch die Betrachtung des Saldos der beizulegenden Zeitwerte der einbezogenen Geschäfte. Ist dieser Saldo negativ, so wird eine Drohverlustrückstellung für die Bewertungseinheit gebildet. Bei einem positiven Saldo der beizulegenden Zeitwerte werden diese bilanziell nicht berücksichtigt. Die Höhe der abgesicherten Risiken entspricht der Summe der negativen beizulegenden Zeitwerte je Bewertungseinheit.

Bei der Bilanzierung der Bewertungseinheiten wurde jeweils die Einfrierungsmethode angewandt.

Für das Handelsgeschäft mit erneuerbaren Energien (Midstream) wurden gemäß IDW RS ÖFA 3 Produktgruppenportfolien gebildet, die für die Jahre bis 2031 Direktvermarktungs- und Power Purchase Agreement-Verträge und verbindliche Absatzverträge mit Kunden sowie den mit hoher Wahrscheinlichkeit noch zu erwartenden Absatz umfassen. Für stichtagsbezogene defizitäre Jahresscheiben wurden Drohverlustrückstellungen von 1.463 TEUR zugeführt, welche die positiven Ergebnisbeiträge des Geschäftsjahres mindern. Aus der Bewertung des Gesamtportfolios ergab sich zum Bilanzstichtag ein Verpflichtungsüberschuss von 2,9 Mio. EUR.

Im Bereich des Endkundenmarktes wurden Vertragsportfolien nach IDW RS ÖFA 3 für Strom und Gas gebildet. Die Portfolios umfassen derzeit die jeweils für die Jahresscheiben 2026, 2027 und 2028 abgeschlossenen beziehungsweise erwarteten Absatz- und Beschaffungsgeschäfte. Die Absatzgeschäfte betreffen verbindliche Absatzverträge mit Kunden sowie den mit hoher Wahrscheinlichkeit noch zu erwartenden Kundenabsatz. Diesen werden Beschaffungsgeschäfte entgegengestellt, welche kontrahierte Börsen- beziehungsweise OTC-Beschaffungsgeschäfte beinhalten. Zudem werden in der Portfoliobetrachtung die direkt zurechenbaren Kosten auf Basis des Deckungsbeitrages V berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2025 sind (diskontierte) Drohverlustrückstellungen von 148 TEUR aufgelöst worden. Aus der Bewertung des Gesamtportfolios ergab sich zum Bilanzstichtag ein Verpflichtungsüberschuss von 5,1 Mio. EUR.

4.4 Angaben zum Mindeststeuergesetz

Der LVV-Konzern fällt in den Anwendungsbereich der Regelungen zur globalen Mindestbesteuerung („Pillar 2“). Die Regelungen zur globalen Mindestbesteuerung sind mit Wirkung zum 28. Dezember 2023 in Deutschland in Form des Mindeststeuergesetzes (MinStG) in Kraft getreten. Das MinStG gilt erstmals für Geschäftsjahre, die nach dem 30. Dezember 2023 beginnen. Gemäß dem MinStG ist eine Ergänzungssteuer für jede Jurisdiktion zu zahlen, die einen effektiven Steuersatz unter 15 % aufweist.

Für 2025 ist für die LVV als Gruppenträgerin auf Basis der sogenannten CbCR Safe Harbour Regelungen (§ 84 MinStG) nicht mit einer Steuerbelastung nach dem Mindeststeuergesetz zu rechnen.

4.5 Angaben zu den Organen

Der **Geschäftsführung** gehören an:

- Herr Karsten Rogall,
Geschäftsführer Energie, Sprecher der Geschäftsführung, IT-Strategie, Kommunikation,
- Herr Ulf Middelberg,
Geschäftsführer Mobilität, Digitalisierung, Konzernentwicklung, Markenentwicklung,
- Herr Volkmär Müller,
Geschäftsführer, Finanz- und Risikomanagement, Gremienmanagement, Konzernrevision, Rechnungswesen, Steuern und Beteiligungscontrolling, und
- Frau Kerstin Schultheiß,
Geschäftsführerin Wasser, Arbeitsdirektorin, Recht und Personal.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden den Mitgliedern der Geschäftsführung folgende Leistungen gewährt:

	in TEUR						
	Festes Jahres- grund- gehalt	Sonstige Bezüge	Erfolgs- abhängige Vergü- tungen	Gesamt- vergütung	Geleistete Zahlungen im Falle der Beendigung der Tätigkeit (Abfindungen)	Art der Alters- ver- sorgung¹	Alters- versorgung (Beitrags-) Aufwand
	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)
Karsten Rogall	295 ²	7	50 ³	352	0	A	40
	(285)	(6)	(50)	(431)	(0)	(A)	(40)
Ulf Middelberg	270	6	50 ³	326	0	A	40
	(260)	(6)	(50)	(316)	(0)	(A)	(40)
Volkmär Müller	270	4	50 ³	324	0	A	40
	(260)	(6)	(50)	(316)	(0)	(A)	(40)
Kerstin Schultheiß	237	7	50 ³	294	0	A	30
	(230)	(7)	(33)	(158)	(0)	(A)	(30)
	1.072	24	200	1.296	0		150
	(1.035)	(25)	(183)	(1.243)	(0)		(160)

¹ A – beitragsorientierte Leistungszusage

² inklusive Sprecherzulage

³ Zahlung Erfolgsprämie für Geschäftsjahr 2024 im Jahr 2025

Der **Aufsichtsrat** besteht aus folgenden Mitgliedern:**Anteilseignervertreter**

Burkhard Jung	Oberbürgermeister der
Vorsitzender des Aufsichtsrates	Stadt Leipzig
Anja Feichtinger	Vorstandsassistentin, VNG AG
Tobias Keller (ab dem 2. Februar 2026)	Landtagsabgeordneter, Sächsischer Landtag, Geschäftsführer, SHK-Meisterbetrieb
Sven Morlok	Staatsminister, a. D.
Andreas Nowak	Landtagsabgeordneter, Sächsischer Landtag
Eric Recke	Landtagsabgeordneter, Sächsischer Landtag
Franziska Riekewald	Geschäftsführerin, Mobiler Behindertendienst Leipzig e. V.
Steffen Wehmann	Mitarbeiter Finanzen/Banken, Konsum Leipzig eG, Fraktionsassistent, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat der Stadt Leipzig
Michael Weickert	Referent, Sächsischer Landtag – Jessica Steiner MSL
Kristina Weyh	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Sächsischer Landtag – Dr. Claudia Maicher MSL
Siegbert Droese (bis zum 12. Januar 2026)	Abgeordneter, Europäisches Parlament

Arbeitnehmervertreter

Ines Kuche	Gewerkschaftssekretärin,
Stellvertretende Vorsitzende	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Susann Frölich	Betriebsratsvorsitzende, Stadtwerke Leipzig GmbH
Jens Herrmann-Kambach	Betriebsrat, Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH
Armin Krück	Betriebsratsvorsitzender, Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Enrico Lange	Bereichsleiter Finanzen und Controlling, Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH
Nico Langhammer	Sachbearbeiter Technik/Automatisierungstechnik, Bau und Service Leipzig GmbH
Boris Loew	Gewerkschaftssekretär, IGBCE – Landesbezirk Nordost
Tina Neudorf	Betriebsrätin, Stadtwerke Leipzig GmbH
Frank Peter (ab dem 25. April 2025)	Chief Information Security Officer (CISO), LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
Paul Schmidt	Landesbezirksfachbereichsleiter Fachbereich B, ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Susann Hildebrand (bis zum 24. März 2025)	Fachverantwortliche Fahrzeugreinigung, Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2025 folgende Vergütung und Sitzungsgelder:

in EUR		
Anteilseignervertreter	Summe Vergütung	Summe Sitzungsgelder
Burkhard Jung		
Vorsitzender des Aufsichtsrates	1.000,00	1.750,00
Anja Feichtinger	1.000,00	1.750,00
Sven Morlok	1.000,00	1.750,00
Andreas Nowak	1.000,00	1.500,00
Eric Recke	1.000,00	1.750,00
Franziska Riekewald	1.000,00	1.750,00
Steffen Wehmann	1.000,00	1.500,00
Michael Weickert	1.000,00	2.125,00
Kristina Weyh	1.000,00	1.750,00
Siegbert Droese (bis zum 12. Januar 2026)	1.000,00	750,00
	10.000,00	16.375,00

in EUR		
Arbeitnehmervertreter	Summe Vergütung	Summe Sitzungsgelder
Ines Kuche		
Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende	1.000,00	2.125,00
Susann Frölich	1.000,00	2.000,00
Jens Herrmann-Kambach	1.000,00	1.750,00
Armin Krück	1.000,00	1.500,00
Enrico Lange	1.000,00	1.750,00
Nico Langhammer	1.000,00	1.750,00
Boris Loew	1.000,00	750,00
Tina Neudorf	1.000,00	1.500,00
Frank Peter (ab dem 25. April 2025)	687,67	1.000,00
Paul Schmidt	1.000,00	1.750,00
Susann Hildebrand (bis zum 24. März 2025)	227,40	0,00
	9.915,07	15.875,00

4.6 Abschlussprüferhonorar

Das vom Abschlussprüfer des LVV-Konzerns für das Geschäftsjahr 2025 berechnete Gesamthonorar beträgt 395 TEUR. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen 337 TEUR sowie auf andere Bestätigungsleistungen 58 TEUR.

Das Gesamthonorar für andere, bei Tochterunternehmen im LVV-Konzern tätige Abschlussprüfer beträgt 387 TEUR. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen 293 TEUR sowie auf andere Bestätigungsleistungen 94 TEUR. Im Gesamthonorar sind 84 TEUR für Vorjahre enthalten.

4.7 Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB)

	2025	2024
Angestellte	2.150	2.127
Gewerbliche Mitarbeiter	3.399	3.265
	5.549	5.392

5 Nachtragsbericht

Am 28. Februar 2026 ist es zu einer Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten gekommen. Im Zusammenhang mit dem militärischen Konflikt können sich aus den geopolitischen Entwicklungen mittelbare wirtschaftliche Auswirkungen ergeben. Diese betreffen insbesondere mögliche Volatilitäten an den Energie- und Rohstoffmärkten sowie potenzielle Effekte auf Lieferketten und Beschaffungsmärkte. Die unmittelbaren Auswirkungen auf die LVV sind jedoch noch nicht vollumfänglich absehbar. Mittelbar können sich aber negative Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung der Tochterunternehmen und Beteiligungen ergeben. Aufgrund dieser Entwicklung werden fortlaufend mögliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage analysiert. Eine vollständige Bewertung ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Fortführung der Unternehmenstätigkeit jederzeit gegeben ist. Im Übrigen verweisen wir auf die Risiko- und Prognoseberichterstattung im Konzernlagebericht der Gesellschaft.

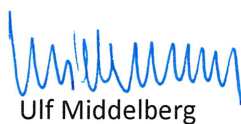
Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nicht bereits im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 sowie im Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2025 Erwähnung fanden, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Leipzig, den 30. April 2026

Geschäftsführung



Karsten Rogall



Ulf Middelberg



Volkmar Müller



Kerstin Schultheiß

Entwicklung des Konzernanlagevermögens im Geschäftsjahr 2025

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					31.12.2025
	01.01.2025	Währungs- differenz	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	4.500	5	423	2.526	0	7.454
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten	161.856	31	6.506	8.732	10.203	166.922
3. Geleistete Anzahlungen	12.130	0	4.540	-8.639	0	8.031
	178.486	36	11.469	2.619	10.203	182.407
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	830.022	3.920	2.984	18.097	3.974	851.049
2. Technische Anlagen und Maschinen	5.223.376	1.174	59.808	123.675	3.814	5.404.219
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	137.771	140	10.405	4.987	6.931	146.372
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	294.055	52	284.867	-149.378	1.068	428.528
	6.485.224	5.286	358.064	-2.619	15.787	6.830.168
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen	31.825	240	3.102	0	0	35.167
2. Ausleihungen an verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	14.058	63	406	0	2.526	12.001
3. Beteiligungen	201.908	2	553	0	0	202.463
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.869	0	0	0	430	6.439
5. Sonstige Ausleihungen	613	0	5	0	249	369
	255.273	305	4.066	0	3.205	256.439
	6.918.983	5.627	373.599	0	29.195	7.269.014

Anlage zum Anhang

in TEUR

Kumulierte Abschreibungen							Buchwerte	
01.01.2025	Währungs- differenz	Zugänge	Umbu- chungen	Zuschrei- bungen	Abgänge	31.12.2025	31.12.2025	31.12.2024
2.823	2	1.500	1.040	0	0	5.365	2.089	1.677
145.827	16	6.952	-1.040	0	9.613	142.142	24.780	16.029
0	0	0	0	0	0	0	8.031	12.130
148.650	18	8.452	0	0	9.613	147.507	34.900	29.836
377.494	1.522	18.257	2	0	1.250	396.025	455.024	452.528
3.110.550	708	172.262	0	0	3.835	3.279.685	2.124.534	2.112.826
104.933	101	11.231	-2	0	6.736	109.527	36.845	32.838
697	9	131	0	0	95	742	427.786	293.358
3.593.674	2.340	201.881	0	0	11.916	3.785.979	3.044.189	2.891.550
1.006	0	0	0	0	0	1.006	34.161	30.819
1	0	0	0	0	0	1	12.000	14.057
109.154	2	0	0	0	0	109.156	93.307	92.754
1.861	0	0	0	0	0	1.861	4.578	5.008
0	0	0	0	0	0	0	369	613
112.022	2	0	0	0	0	112.024	144.415	143.251
3.854.346	2.360	210.333	0	0	21.529	4.045.510	3.223.504	3.064.637

Konzernkapitalflussrechnung

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

in TEUR

	2025	2024
Konzernjahresüberschuss	55.567	61.262
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	210.333	206.728
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	1.063
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	-8.224	-7.386
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-42.869	-43.480
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und von konsolidierten Unternehmen	1.943	709
Konsolidierungskreisbedingte Änderungen und sonstige nicht zahlungswirksame Vorgänge	-607	86
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte	-3.384	-34.927
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen und sonstiger Aktiva	78.978	47.473
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	29.071	30.019
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva	-33.883	15.556
Zinsaufwendungen (+)/Zinserträge (-)	27.559	27.557
Beteiligungserträge (-)	-5.532	-7.637
Ertragsteueraufwand (+)/-ertrag (-)	13.876	18.889
Ertragsteuerauszahlungen (-)	-8.248	-31.692
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	314.580	284.220
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	5.723	8.530
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-11.469	-8.633
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-350.484	-304.039
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.067	-9.975
(+) erhaltene Investitionszuschüsse	38.336	62.645
(+) erhaltene Zinsen	9.029	7.777
(+) erhaltene Beteiligungserträge	5.018	7.578
(+) Einzahlungen aus dem Abgang von Deckungsvermögen	1.850	1.005
(-) Auszahlungen für den Erwerb von Deckungsvermögen	-1.489	-1.476
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-307.553	-236.588
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen der Gesellschafterin des Mutterunternehmens	25.000	0
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	131.775	57.915
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-110.169	-107.451
Gezahlte Ausschüttungen an andere Gesellschafter	-6.468	-6.617
(-) gezahlte Zinsen	-39.239	-38.659
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	899	-94.812
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	7.926	-47.180
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	216.557	263.682
Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	438	55
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	224.921	216.557
davon: Inanspruchnahme einer kurzfristigen Kreditlinie	-9.949	-3
davon: Verbindlichkeiten aus Cash-Pool	-10.798	-8.057
davon: Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	245.668	224.617
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	224.921	216.557
Wesentliche zahlungsunwirksame Transaktionen		
Unentgeltliche Übertragung von Sachanlagen	7.580	8.239

Konzerneigenkapitalspiegel zum 31. Dezember 2025

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

	Eigenkapital des Mutterunternehmens						Summe
	Gezeichnetes Kapital	Rücklagen		Eigenkapital- differenz aus Währungs- umrechnung	Gewinn- vortrag/ Verlust- vortrag	Konzern- jahres- überschuss/ -fehlbetrag, der dem Mutter- unternehmen zuzurechnen ist	
		Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen				
		nach § 272	andere				
		Abs. 2 Nr. 4 HGB	Gewinn- rücklagen				
Stand zum 31. Dezember 2023	512	651.942	239.397	-6.573	-139.691	48.295	793.882
Gewinnvortrag	0	0	0	0	48.295	-48.295	0
Einstellung in/Entnahme aus Rücklagen	0	0	33.948	0	-33.948	0	0
Ausschüttung	0	0	0	0	0	0	0
Währungsumrechnung	0	0	0	1.387	0	0	1.387
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	0	0
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0	0	53.760	53.760
Stand zum 31. Dezember 2024	512	651.942	273.345	-5.186	-125.344	53.760	849.029
Gewinnvortrag	0	0	0	0	53.760	-53.760	0
Einstellung in/Entnahme aus Rücklagen	0	25.000	23.926	0	-23.926	0	25.000
Ausschüttung	0	0	0	0	0	0	0
Währungsumrechnung	0	0	0	1.463	0	0	1.463
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	0	0
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0	0	46.813	46.813
Stand zum 31. Dezember 2025	512	676.942	297.271	-3.723	-95.510	46.813	922.305

in TEUR

Nicht beherrschende Anteile				Konzerneigenkapital
Nicht beherrschende Anteile vor Eigenkapital- differenz aus Währungs- umrechnung und Jahres- ergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Eigenkapitaldifferenz aus Währungs- umrechnung	Auf nicht beherr- schende Anteile entfallende Gewinne/Verluste	Summe	Summe
94.268	-424	4.963	98.807	892.689
4.539	424	-4.963	0	0
0	0	0	0	0
-6.617	0	0	-6.617	-6.617
0	0	0	0	1.387
-7	0	0	-7	-7
0	-26	7.528	7.502	61.262
92.183	-26	7.528	99.685	948.714
7.502	26	-7.528	0	0
0	0	0	0	25.000
-6.469	0	0	-6.469	-6.469
0	0	0	0	1.463
-7	0	0	-7	-7
0	-18	8.772	8.754	55.567
93.209	-18	8.772	101.963	1.024.268

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzern-Eigenkapitalspiegel und der Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2025 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- planen wir die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftsbereiche innerhalb des Konzerns einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Leipzig, den 8. Mai 2026

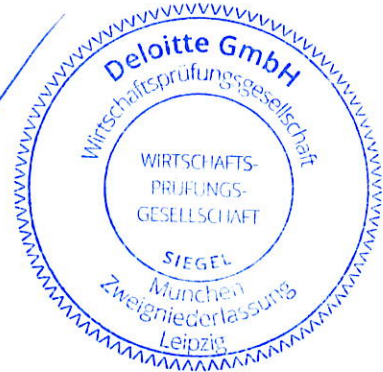
Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Oliver Schrader
Wirtschaftsprüfer



Thomas Zimmermann
Wirtschaftsprüfer



Impressum

Herausgeber
LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
Reichsstraße 4
Speck's Hof/Aufgang A
D-04109 Leipzig

Tel.: 0341 355300-0
Fax: 0341 355300-10
lvv@L.de

www.L.de

Verantwortlich
Geschäftsführung der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

PDF-Download
www.L.de/geschaeftsbericht